

Die japanische Innenpolitik 2009/2010: Schwerpunkte und Tendenzen

Japanese Domestic Policy 2009/2010: Highlights and Tendencies

Manfred Pohl

This report covers a period of almost exactly twelve months stretching from September 2009 to September 2010 – from the landslide victory in the Lower House election for the DPJ (and its miserable aftermath) to the crippling power struggle between Naoto Kan and Ichirō Ozawa which marked the DPJ presidential election in September 2010. While the governing coalition was lost in futile infighting, the opposition gained control over the Upper House – Japan now has to cope with a hung parliament, in which any legal initiative can be killed by a unified opposition in the second chamber. Nevertheless, this gives an opening to the Kan government: The opposition is far from being united. Over the past twelve months Japanese voters have witnessed the inability of the government to fundamentally tackle threatening economic problems (the rising yen, social instability etc.) and to wipe out political corruption. On the other hand, however, some far-reaching changes have also begun during the past year, some of them rather subtle, others almost revolutionary: »Destroyer« Ozawa finally seems to be losing his iron grip on domestic politics, the powerful business organizations are cutting the financial support for preferred political groups – and Japan's voters have definitely become more critical and selective as was shown by the election results.

Der Berichtsabschnitt zur japanischen Innenpolitik kann streckenweise wie eine Sammlung politischer Nekrologe gelesen werden. Sowohl Spitzenpolitiker als auch Organisationen, die sie vertraten, begannen, sich 2009/2010 von der politischen

Bühne zu verabschieden oder probten zielstrebig ihren Abgang. Das galt für Ex-Regierungschef Hatoyama und den Generalsekretär der Demokratischen Partei (DPJ), den Vollblutpolitiker Ozawa, wie auch für die weiter bröckelnde LDP und die Sozialisten (SDP) in ihrer ungebremsten Schussfahrt zur politischen Bedeutungslosigkeit. Im Berichtszeitraum September 2009 (von den Unterhauswahlen und ihren Folgen) bis zum September 2010 (nach den Oberhauswahlen) konnte sich auch das Schicksal der DPJ verhängnisvoll zugespitzt haben: In der Partei verschärfte sich während dieses Jahreszeitraums der existenzbedrohende Machtkampf in ihrer Führung.

1. Das Ende der Regierung Hatoyama

1.1 Ministerpräsident Hatoyama und der »Macher« Ozawa treten zurück

Rückblickend mag es ein warnendes Wetterleuchten für Hatoyama gewesen sein – bei den ersten wichtigen Wahlen des Jahres 2010 erlitt der DPJ-nahe Kandidat eine schwere Schlappe: In den Gouverneurswahlen von Nagasaki siegte ein unabhängiger Kandidat, der von der LDP und der Neuen Kōmeitō (NKMT) gestützt wurde, mit 90.000 Stimmen Vorsprung. Beobachter werteten das schlechte Ergebnis der DPJ als Denkkzettel für die Finanzskandale, die politischen Fehler der Partei und den daraus wachsenden Unmut der Wähler. Auch in den Bürgermeisterwahlen von Machida (Tōkyō) unterlag der DPJ-gestützte Kandidat (*NIKKEI* 22.02.2010). Schließlich kam ein weiteres deutliches Warnsignal aus Okinawa: Susumu Inamine wurde zum Bürgermeister von Nago gewählt; er ist ein erklärter Gegner einer Verlegung des US-Stützpunktes von Ginowan (Futenma) nach Nago (Camp Schwob), wie es die Vereinbarung zwischen den USA und Japan vorsah (*JT ONLINE* 26.01.2010).

Die ersten Junitage 2010 brachten dann das vorläufige Ende der kurzen Ära Hatoyama: Nachdem bereits im Mai Gerüchte um einen unmittelbar bevorstehenden Rücktritt Yukio Hatoyamas, seines Kabinetts und der Führung der DPJ die Runde gemacht hatten (*MDN ONLINE* 29.01.2010; *FAZ* 23.04.2010), gab der Regierungschef am 2. Juni 2010 vor den DPJ-Abgeordneten beider Häuser des Parlaments seinen Rücktritt bekannt. Generalsekretär Ichirō Ozawa schloss sich – nach außen zähneknirschend – diesem Schritt an, und auch die übrige Führung der größten Regierungspartei legte ihre Ämter nieder. Die *Mainichi Shinbun* vermutet ein anderes Szenario: Ozawa fürchtete um den Wahlerfolg in den Oberhauswahlen und drängte selbst Hatoyama zum Rücktritt, nachdem der Chef der Neuen Volkspartei (Kokumin Shintō, NVP) ihn noch zum Weitermachen bewegen wollte. Entschei-

dend war offenbar für Hatoyama, dass auch Ozawa zurücktreten würde (*MS ONLINE* 03.06.2010).

De facto folgte Hatoyama mit seinem Schritt dem Rat des einflussreichen DPJ-Politikers Kōzō Watanabe, der ihm den Rücktritt nahe gelegt hatte, wenn er im Mai nicht das Stützpunktproblem in Okinawa lösen konnte (*Economist* 10.04.2010: 50). Er sprach damit die Ansicht der Bevölkerungsmehrheit aus, die bei einem Scheitern der Stützpunkt-Verlegung von Futenma diesen Rücktritt verlangte (*MDN ONLINE* 29.01.2010).

Nach Shinzō Abe, Yasuo Fukuda und Tarō Asō war Hatoyama innerhalb der letzten vier Jahre der vierte Regierungschef, der nach wenigen Monaten, in Hatoyamas Fall nach nicht einmal einem Jahr Amtszeit, resignierte. Bei Amtsantritt konnte sich sein Kabinett auf eine Zustimmungsrate von 71% stützen, im Mai 2010 war diese Rate unter 17% gesackt (*AS* 01.06.2010). Die LDP konnte von diesem Stimmungseinbruch für die DPJ jedoch nicht profitieren, sie stagnierte im Mai 2010 schon bei ca. 15% (*AS* 01.06.2010). Ausschlaggebend für den Rücktritt Hatoyamas war letztlich die unverhohlene Gegnerschaft der DPJ-Oberhausabgeordneten, die übereinstimmend die Meinung vertraten, dass unter Hatoyamas Führung die Oberhauswahlen im Juli nicht zu gewinnen sein würden (*AS* 01.06.2010; *MS* 02.06.2010). Ozawa hatte diese politischen Existenzängste in Handeln umgesetzt. Die Gründe für diese Skepsis der Oberhaus-Parlamentarier lagen auf der Hand: Unter Hatoyama hatten Regierung und DPJ das Problem der US-Basis Futenma auf Okinawa und den schwelenden Skandal um politische Spenden im Umfeld Ozawas und Hatoyamas völlig falsch angepackt – und damit den Bündnispartner SDP zum Bruch der Koalition förmlich gezwungen.

Rückblickend kann das kurzlebige Kabinett Hatoyama letztlich doch positiv als historischer Einschnitt gewertet werden: Diese Regierung markierte den Wandel von der Strategie rein personenzentrierten Machterhalts zu einer an Programmen ausgerichteten Politik. Der Zwang für eine auch (im Unterhaus) dominierende Partei, kleinere Bündnispartner berücksichtigen zu müssen, um Gesetzesvorhaben sicher durchzubringen, steckte einen neuen Rahmen der politischen Kultur Japans ab. Die übermächtige Rolle großer Parteien wurde nachhaltig reduziert, zum Vorteil des politischen Entscheidungsprozesses (*ECONOMIST* 05.06.2010: 61).

Das Scheitern einer weiteren DPJ-Regierung und der drohende Niedergang der DPJ fiel in einen Zeitraum von wenigen Monaten zwischen 2009 und 2010, in denen viel versprechende innenpolitische Reformansätze angesichts des persönlichen Scheiterns prominenter Protagonisten dieser Reformen verblassten.

2. Hatoyama in der Sackgasse

2.1 Koalitionskrise als Auslöser

Die Darstellung und Bewertung der japanischen Innenpolitik 2009/2010 muss mit der genaueren Beschreibung einer schwelenden Koalitionskrise fortgesetzt werden. Auch in der Vergangenheit hat es in Japan eine ganze Reihe von Koalitionskabinetten gegeben, aber alle diese Bündnisse gründeten auf informellen Absprachen und Vereinbarungen zwischen den Führungen der beteiligten Parteien, die Wähler konnten in keinem Falle vorbereitend ihr Votum zu möglichen Koalitionskonzepten abgeben. Die Unterhauswahlen 2009 dagegen bewirkten im Ergebnis erstmals einen wirklichen Regierungswechsel, bei dem die Regierungsparteien gegen die Oppositionspartei(en) ausgetauscht wurden. Zwar wurden die Kabinette Tetsu Katayama (1947) und Morihiro Hosokawa (1993) nach Wahlniederlagen der Regierungspartei gebildet, aber diese beiden Koalitionskabinette entstanden eben aus Verhandlungen *nach* der Wahl (Ito 2010: 3). Die Führungspersönlichkeiten aller konkurrierenden Parteien 2009 – mit Ausnahme der Neuen Kōmeitō (NKMT) – entstammten letztlich demselben politischen Biotop. Sie hatten vergleichbare politische Karrieren hinter sich und gehörten dabei in langen Phasen sogar denselben Parteien an, ihre gegenwärtigen Positionen fanden sie erst über vielfache parteitaktische Zellteilungen, durch die sie sich aus Machtkalkül in widerstreitenden politischen Organismen wieder fanden, Wählerwillen und -entscheidungen spielten in diesen Prozessen keine Rolle.

Finanzskandale, politische Korruption und offenkundige Unehrllichkeit von Politikern sind in Japan nach ihrer Größenordnung weit über jenes Maß hinaus angewachsen, das man in anderen demokratischen Industrienationen noch für gerade erträglich halten würde. Diese Defizite sind so tief in die politische Kultur des Landes eingewoben und waren lange als selbstverständlich akzeptiert, dass ein Aufbegehren dagegen abfällige Kommentare provoziert, ausgerechnet in einer (einst angesehenen) US-Wochenzeitschrift. Der Autor behauptet, nur in Japan könne allein das Gerücht, ein Politiker verbinde *seiji to kane* (Politik und Geld, häufig auch *kinken seiji*) zu seinem Sturz führen, obwohl es z.B. das Phänomen der korruptionsanfälligen »eisernen Dreiecke« (Politik/Bürokratie/Wirtschaft) auch in anderen Ländern gebe – dort aber beende die schuldhafte Verstrickung in diese Interessengeflechte angeblich keine politischen Karrieren (YOKOTA 2010a: 29–30). Japans Politikern bleibe keine Zeit, sich mit den wirklich drängenden politischen Problemen zu befassen, da sie sich ständig gegen Korruptionsvorwürfe wehren müssten, so der Autor. Es ist bestürzend, solche Gedanken konsequent weiter zu

denken: Nicht korrupte Politiker sind schuld an den Defiziten der politischen Kultur Japans, sondern Medien und Wähler, die dagegen aufbegehren und Aufklärung fordern. In diesem Prozess spielten die japanischen Massenmedien allerdings nicht immer nur die Rolle sachlicher Aufklärer, sondern verfielen häufig einem ungehemmten Sensationsjournalismus, die »japanische Pressemaschinerie« (Takashi Yokota) zermürbte gnadenlos die vier gescheiterten Regierungschefs der letzten Jahre (YOKOTA 2010b: 13). Hatoyama musste in diesem Zusammenhang vielleicht Revanchefouls der Medien hinnehmen, weil er – trotz fester Zusagen im Dezember 2009 – einige Presseclubs nicht allen Medienvertretern zugänglich machte, dazu zählte vor allem der Presseclub beim Amt des Ministerpräsidenten (auch als »Nachrichtenkartell« geschmäht). Der Regierungschef stand hier offenkundig unter massivem Druck der »etablierten« Medien, die aus Gründen des Wettbewerbs um Werbeeinnahmen den Zugang für Internet-Medien zu Presseclubs verhindern wollten (JT ONLINE 01.01.2010).

Hatoyamas Demokratische Partei (Minshūtō, DPJ) gelang es 2009, den Wählern ihre Abkehr bzw. tatsächlich ihre Abstammung aus der alten LDP als echten politischen Wandel zu vermitteln und sich als politische Alternative gegen verhärtete Machtstrukturen darzustellen. Dazu war ein Wahlprogramm nötig, das die Unterschiede zu LDP-Positionen scharf umriss: Sozial- und wirtschaftspolitische Zielformulierungen gehörten dazu wie auch vor allem Emanzipationsbestrebungen im außenpolitischen (sicherheitspolitischen) Bündnis mit den USA. Die Verlegung des US-Stützpunktes Futenma auf Okinawa wurde im Wahlkampf wie auch in der folgenden Regierungsarbeit der Koalition zu einem Schlüsselthema: Verlegung ja, aber auf der Insel oder an einen Standort außerhalb Okinawas; besser noch: Verlegung an einen Ort außerhalb der japanischen Grenzen. Hatoyama hatte sich schließlich für eine Verlegung der Basis Futenma an einen anderen Standort auf Okinawa entschieden – und damit aus Sicht vieler Japaner sein Wahlversprechen von 2009 gebrochen. Als Hatoyama die Verbraucherschutzministerin Fukushima von der SDP entließ, weil sie sich gegen diese Entscheidung stellte, zerbrach die Koalition mit den Sozialisten, dem zweitgrößten Partner im Regierungsbündnis.

Angesichts der Entwicklung und der aktuellen Lage seiner Regierungskoalition war Regierungschef Hatoyama vielleicht am meisten überrascht, vielleicht sogar irritiert: Das *Time Magazine* erhob ihn für 2010 in den illustren Kreis der hundert einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt (»The 100 most influential people in the world«). In der jährlichen Sonderausgabe des Magazins wurde er in einem Atemzug mit Barack Obama, Bill Clinton, Lula da Silva u.a. zu den »movers and shakers« der Welt gezählt (*TIME MAGAZINE*, Special Double Issue 10.05.2010: 25). Der Autor IAN BURUMA (2010) skizzierte ihn dort in seiner »Laudatio« als Revolutionär wider

Willen, der das Herrschaftsmonopol der LDP erfolgreich brechen konnte; er habe so dazu beigetragen, »sein Land aus einem faktischen Einparteien-Staat in eine funktionierende Demokratie zu verwandeln«. erinnert sich noch jemand an »Löwenherz« Jun'ichirō Koizumi und seine innerparteilichen Maßnahmen gegen das Herrschaftsmonopol der »alten« LDP oder auch sein revolutionäres Aufbegehren gegen die Macht der Bürokraten? Ohne seine ungewollte Vorarbeit wäre ein Wahlsieg der DPJ 2009 wohl nicht vorstellbar gewesen. Es wird als Hatoyamas besonderes Verdienst herausgehoben, Ichirō Ozawa ebenfalls zum Rücktritt gezwungen zu haben, als ob der (angebliche) Sturz Ozawas die politische Kultur Japans wesentlich zum Besseren verändern würde. Hatoyama wird sich aus der aktiven Politik zurückziehen, Ozawa aber wird versuchen, auch in Zukunft aus dem Hintergrund die Fäden zu ziehen. Seine Stunde könnte schlagen, wenn sich Hatoyamas Nachfolger Kan im Herbst einem Mitgliedervotum der DPJ stellen muss – Ozawa bleibt immer noch die Drohung, mit seinen Getreuen die Partei zu verlassen, was er schon früher getan hat (*ECONOMIST* 12.06.2010: 67).

2.2 Rückblick: Neue Machtverhältnisse – neue Politik?

Zur Erinnerung an dieser Stelle noch einmal ein Blick auf die Machtverhältnisse, d.h. die Sitzverteilung beider Häuser des Parlaments, nach den Unterhauswahlen 2009:

Partei/Gruppierung	Unterhaus	Oberhaus
DPJ	308	109 (121*)
LDP	119	82
NKMT	21	21
SPJ	7	5
VP	3	5
Gesamt	480	242 (**)
* Zur DPJ-Fraktion zählen in einer Fraktionsgemeinschaft auch Shin Ryokufūkai, Kokumin Shintō und Nihon Shintō. ** KPJ 7, Unabhängige 1; <i>AS</i> 09.02.2010; <i>NIKKEI</i> 03.09.2009.		

Trotz eines überwältigenden Wahlsieges, der ihr über 300 Mandate einbrachte, musste die DPJ eine Koalition eingehen. Die Begründung war einfach: Im Oberhaus konnte die größte Regierungspartei in den Wahlen 2010 alleine wohl keine dauerhaft gesicherte, absolute Mehrheit erreichen. Alle Gesetzesvorhaben, die im Unterhaus von einer allein regierenden DSP problemlos durchgesetzt werden könnten, wären im Oberhaus von den anderen Parteien massiv blockiert worden.

Seit ihrer Gründung 1955 konnte die LDP mit wenigen Ausnahmen alleine Regierungen bilden; Koalitionskabinetts wurden erst seit den Wahlrechtsänderungen der 1990er Jahre nötig und üblich, da die LDP sich mehrfach spaltete. Die Partei war nie eine in sich geschlossene ideologische und strukturelle politische Organisation, sondern eine Interessenkoalition widerstreitender Fraktionen (*habatsu*), die sich um mächtige (d.h. finanzstarke) Parteibarone gesammelt hatten und in komplizierten innerparteilichen Verteilungskämpfen Bündnisse schlossen – und sie wieder zerfallen ließen, um die Teilhabe an der politischen Macht immer neu auszubalancieren. Angesichts der jahrzehntelangen Schwäche der parlamentarischen Opposition hatte die LDP selbst die Oppositionsrolle internalisiert. Die personelle Zusammensetzung der Regierungskoalitionen in neuester Zeit verdeutlicht, dass diese Parteienbündnisse zu einem großen Teil nach außen getragene (externalisierte) Bündnisstreitigkeiten ehemaliger LDP-Fraktionen und ihrer Führer waren.

Am 9. September 2009 hatten sich die Minshūtō (Demokratische Partei, DPJ), die Shakai Minshūtō (SDP, Sozialdemokratische Partei) und die Kokumin Shintō (Neue Volkspartei, NVP) auf die Bildung einer Koalition geeinigt. In der Programmvereinbarung der drei Koalitionäre standen außen- und sicherheitspolitisch das zukünftige Verhältnis Japans zum Bündnispartner USA und das Schicksal der US-Stützpunkte im Mittelpunkt, hier pochte die SDP auf ihre eigenen Wahlkampfzusagen. Die beiden Partner setzten ihre politischen Akzente eher auf sozialpolitische Themen; es hatte jedoch bereits während der Gespräche der Parteichefs in dem Konpon Seisaku Kakuryō Iinkai (Kabinetts/Ministerialausschuss für politische Grundsatzfragen) bei außenpolitischen Themen Meinungsunterschiede gegeben. Nach Beendigung der anschließenden Koalitionsgespräche auf der Ebene der Generalsekretäre zeigte sich die SDP schließlich bei der Frage einer Verlagerung der Luftwaffenbasis Futenma und beim Stützpunktabkommen mit den USA gezwungenermaßen kompromissbereit (MS, 10.09.2009). Zwischen den Koalitionspartnern war es hier offenbar nur zu einer provisorischen Einigung gekommen, denn der erwähnte Ministerialausschuss sollte nach der Regierungsbildung im Kabinetts weiter bestehen und geplante Gesetzesvorhaben auf »Koalitionstauglichkeit« hin prüfen; das Ziel war eine Abgleichung der Interessen zwischen den Regierungspartnern. Mitglieder des Ausschusses sollten Naoto Kan für die DPJ, SDP-Parteichefin Mizuho Fukushima und der Vorsitzende der NVP, Shizuka Kamei, sein (YS 10.09.2009).

2.3 Politik dominiert die Bürokratie – wirklich?

Als eine der ersten innenpolitischen Maßnahmen seiner Regierung machte sich Hatoyama noch daran, ein zentrales Versprechen aus seinem Wahlkampf einzulösen und die Macht der Ministerialbürokratie zu beschneiden. Die Spitzenbürokraten dürfen nach Hatoyamas Vorstellungen keine selbständigen Pressekontakte mehr unterhalten, die Erläuterung politischer Maßnahmen sollte allein den zuständigen Ressortministern vorbehalten sein. Zugleich war geplant, die üblichen Runden der beamteten Staatssekretäre (*jimū jikan*) abzuschaffen, die bisher wöchentlich zusammenkamen, um gemeinsame Gesetzesvorlagen abzusprechen und Entscheidungen des Kabinetts vorzubereiten. Pressekonferenzen von Spitzenbeamten zu Einzelthemen werden abgeschafft (YS 17.09.2009). In den japanischen Medien wurde die Besorgnis geäußert, dass den Ministern die fachliche Kompetenz fehlt, der Öffentlichkeit sachgemäße Auskünfte zu komplexen fachlichen Fragen zu geben, überdies, so die Befürchtung, könnten politisch motivierte Minister im Interesse der eigenen Partei Informationen verfälschen und damit das Recht der Öffentlichkeit auf Information beschädigen (YS 17.09.2009).

Die Umsetzung von Regierungsaufgaben sollte unter Hatoyama auf eine neue formale Grundlage gestellt werden. Kabinettsbeschlüsse durchlaufen zukünftig mindestens zwei Stufen: Jeder gemeinsamen Entscheidung der Kabinettsrunde geht das Treffen eines themenbezogenen Kabinettsausschusses (*kakuryō inkai*) voran, an dem nur Vertreter (Minister) unmittelbar befasster Ministerien teilnehmen, bei sicherheitspolitischen Fragen zum Beispiel das Ministerium für nationale Strategien (neue Institution), das Außenministerium und das Verteidigungsamt (-ministerium). Unter den Beteiligten wird eine Gesetzesvorlage abgestimmt, die dann im Kabinettsplenium verabschiedet wird. Auf diese Weise soll der übermäßige Einfluss der beamteten Staatssekretäre eingedämmt werden, die bisher alle Kabinettsvorlagen untereinander ausgehandelt hatten. Das Recht auf politische Entscheidungen wird so den Bürokraten aus den Händen genommen und den Politikern zurückgegeben. Hatoyama und die DPJ versuchten, mögliche politische Reibungen zwischen den Koalitionspartnern auf diesem Wege in engem Kreis abzuklären. Hatoyamas Regierung hatte hier eine Besonderheit des britischen Systems übernommen, die sog. *cabinet committees* (AS 09.09.2009).

Hatoyama attackierte auch entschlossen das *amakudari*-System, bei dem pensionierte Spitzenbürokraten nach Ausscheiden aus dem Ministerium lukrative Posten in der Privatwirtschaft oder in Staatsunternehmen erhielten, meist in Unternehmen, mit denen sie zuvor »dienstlich« zu tun hatten. Es handelt sich um die relativ kleine Gruppe der Spitzenbeamten (Karrierebeamte), aus deren Kreis die

beamteten Staatssekretäre und andere leitende Beamte rekrutiert werden. Hatoyama versuchte auf diesem Wege, die traditionelle Nähe von Bürokraten, LDP-Politikern und Wirtschaftskreisen – das »eiserne Dreieck« – aufzubrechen. Mit Wirkung vom 1. Oktober 2009 beschloss die Regierung Hatoyama, die Zahl der genehmigten Wechsel von Spitzenbeamten in die Privatwirtschaft bei jährlich 30 bis 40 einzufrieren. Nach Schätzungen der DPJ sind gegenwärtig 26.000 ehemalige Spitzenbeamte über *amakudari* in 4.600 Unternehmen beschäftigt (AS 30.09.2009). Ein besonders krasses Beispiel für die Verschwendung von Staatsgeldern zur Versorgung ehemaliger Spitzenbeamter sind die hoch defizitären japanischen Flughäfen. Das Land verfügt über 97 Airports, die meisten gebaut auf Grund völlig übertriebener Verkehrsschätzungen, wohl vor allem auch, um pensionierten Bürokraten gut dotierte Jobs zu verschaffen (ECONOMIST 27.02.2010: 52). Ministerien und Zentralbehörden wird die unmittelbare Unterstützung für ehemalige Spitzenbeamte auf der Suche nach Positionen bei Privatunternehmen (oder Staatsbetrieben) untersagt. Um die steigenden Personalkosten zu begrenzen, müssen alle Spitzenbeamten/Bürokraten bis zur Erreichung ihrer tatsächlichen Altersgrenze arbeiten, vorzeitiges Ausscheiden wird untersagt, das Beamtenrecht wird entsprechend novelliert (YS 29.09.2009; SZ 21.9.2009). Die Abschaffung des *amakudari*-Systems erhöht die Personalkosten, deshalb sollen durch eine Reform des Beamtensystems (*kōmūin seido*) die Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst – also auch die Karrierebeamten – bis Erreichung der Altersgrenze arbeiten können. Die Auswahl bei der Besetzung von Führungspositionen im öffentlichen Dienst soll nicht mehr etablierten Vertretern des »OB-(Old Boy-)Netzwerkes« überlassen bleiben, sondern von einer neutralen Findungskommission vorgenommen werden. Leiter und Mitglieder der Kommission werden von jeder neu amtierenden Regierung ernannt und arbeiten selbständig (YS 29.09.2009).

Als Nachweis für die Umsetzung der neuen Politik wurden die Präsidenten von fünf Schnellstraßen-Unternehmen (staatlich), die ursprünglich aus Kreisen der Spitzenbeamten rekrutiert worden waren, gegen Manager aus Privatunternehmen ausgetauscht. Das Revirement wurde auf den Aktionärsversammlungen der Straßenunternehmen auf Vorschlag des Kabinetts beschlossen (AEN ONLINE 15.06.2010). Zweifellos war damit unter Hatoyama ein Anfang gemacht, die weitgehend unkontrollierte Macht der Bürokratieapparate einzudämmen, aber die Nachfolgeregierung unter Naoto Kan konnte dieses langfristige Ziel ebenso wenig konsequent weiter verfolgen wie die außenpolitischen Ziele.

3. Das Kabinett Kan

3.1 Personal und Politikziele in Partei und Regierung

Nach Hatoyamas schnellem, unzeremoniellen Rücktritt war Eile geboten – die Oberhauswahlen standen unmittelbar bevor, so wurden in der DPJ zügig alle taktischen Maßnahmen ergriffen: Die Wahl eines neuen Partei- und Regierungschefs war Formsache, nur wenige Spitzenpolitiker der DPJ kamen in Frage, und natürlich fiel die Wahl auf den stellvertretenden Regierungschef und Strategeminister Naoto Kan, er wurde neuer Ministerpräsident, wenig später auch Parteichef. Die Partei entschied sich damit für einen erfahrenen Außenseiter, einen Quereinsteiger in die komplexe Welt japanischer Politik. Unpolitisch war seine Arbeit auch vor dem Einstieg in die große Politik keineswegs, denn als führender Vertreter von Bürgerinitiativen hatte er es früh gelernt, mit Verfechtern mächtiger Sonderinteressen und ihren politischen Verbündeten umzugehen. Er arbeitete ab 1974 eng mit der Frauenrechtlerin Fusae Ichikawa (1893–1981) zusammen, die 25 Jahre lang parteilose Oberhausabgeordnete war. 1980 betrat Kan als Akteur jene Welt, deren Repräsentanten er eher als Gegner kennen gelernt hatte; als Kandidat der so genannten Vereinten Sozialisten (aufgelöst) wurde er erstmals in das Unterhaus gewählt. Hier erfuhr er schnell die kurze Zerfallszeit politischer Verbindungen, denn wenig später war er als Chef einer kleinen Umwelt-Partei schon Minister in einem LDP-geführten Koalitionskabinett.

1993 begegnete Kan seinem späteren Parteifreund Hatoyama zum ersten Mal; zwei gegensätzliche politische Charaktere trafen aufeinander: Hatoyama, der Spross einer schwerreichen Politikerdynastie mit zahlreichen Privilegien und Kan aus einer einfachen Angestelltenfamilie, der seinen Weg in der Politik nach oben erst freikämpfen musste. Jetzt waren beide Minister im Koalitionskabinett Morihiro Hosokawa, wenn auch noch aus verschiedenen Parteien; erst 1994 trat Kan der Shintō Sakigake bei, die Hatoyama gegründet hatte. Statt nur wortreich die Macht der Bürokratie zu kritisieren, gewann er im Amt des Gesundheitsministers unter Ryūtarō Hashimoto (1996) Ansehen und Popularität durch entschlossenes Handeln gegen Beamte des eigenen Hauses, als er 1996 aufdeckte, dass Spitzenbürokraten seines Ministeriums zusammen mit Pharmaunternehmen einen Skandal um HIV-verseuchte Blutkonserven vertuscht hatten. Seither galt er als Anwalt der einfachen Leute. Konsequenzen aus persönlichem Fehlverhalten zog er, nachdem bekannt geworden war, dass seine Beiträge zur Rentenkasse nicht regelmäßig bezahlt worden waren, er trat als Gesundheitsminister zurück. Als Buße legte er sich eine traditionelle Pilgerwanderung zu den 88 buddhistischen Tempeln der Insel Shikoku auf (AEN ONLINE 07.06.2010).

3.2 Die neue DPJ-Führung

Zusammen mit Yukio Hatoyama hatte Kan 1996 die DPJ gegründet, jetzt wurde er zum dritten Mal zu ihrem Chef gewählt. In der DPJ galt Kan 2010 als einer der wenigen erfahrenen Politiker, obwohl er selbst nicht dem Biotop der Berufspolitik entstammt. Nach dem Rücktritt des Finanzministers Fujii wurde Kan dessen Nachfolger; auch auf diesem Posten scheute er nicht vor Tabu-Themen zurück: Er ließ früh durchblicken, dass Steuererhöhungen zur Finanzierung der Sozialausgaben nötig sein könnten. Als neu gewählter Parteichef musste Kan seinen Führungsanspruch auch innerparteilich absichern, auf leitende Positionen berief er deswegen enge Vertraute. Generalsekretär wurde Yukio Edano, einer der schärfsten Gegner Ozawas und seines Politikstils, der innerparteilich auf absolute Disziplin zielte und jede Kritik unterband, während nach außen Sonderinteressen bedient und Wohltaten verteilt wurden. Ozawas Politik trug wesentlich zur Desillusionierung der japanischen Wähler bei. Edano soll Kan auch zur Seite stehen, wenn er die dysfunktionale Führung Hatoyamas durch eine straffere zentral organisierte Politikformulierung ersetzt. Unterstützen würde ihn bei dieser Zielsetzung auch der neue Leiter des Ausschusses für politische Grundsatzfragen, Kōichirō Genba. Ihm kommt die delicate Aufgabe zu, sich von den Aufgabenbereichen des Kabinettsstaatssekretärs (Regierungssprecher) und des Ministers für nationale Politik abzugrenzen, um zugleich für die Partei politische Grundsätze und Forderungen zu formulieren (*AS ONLINE* 08.06.2010).

Generalsekretär der Partei wurde Yukio Edano, er zählt zusammen mit Kōichirō Genba (Minister für Verwaltungsreformen, sinkende Geburtsraten, Gleichstellung), Katsuya Okada (Außenminister), Yoshito Sengoku (Regierungssprecher), Yoshihiko Noda (Finanzminister), Shinji Tarutoko (Parlament, Lenkungsausschuss) und Seiji Maehara (Landwirtschaft, Forsten, Fischerei) zur »jungen Garde« der DPJ, die sich anschickt, allmählich die Parteiführung zu übernehmen. Die Ernennung Edanos zum zweiten Mann in der DPJ löste bei einigen Parteimitgliedern Sorgen aus, weil sie »Vergeltung« der mächtigen Ozawa-Gruppe in der Partei fürchteten. Kan führte auch die Funktion eines Leiters der (Partei)abteilung für politische Grundsatzfragen wieder ein, die unter Generalsekretär Ozawa abgeschafft worden war; diese Aufgabe wurde Kōichirō Genba übertragen, der in dieser Position prägenden Einfluss auf den zukünftigen Kurs der DPJ ausüben kann. Er wird als möglicher Nachfolger Naoto Kans gehandelt (*JT ONLINE* 08.06.2010).

Der Amtsantritt des Kabinetts Kan brachte einen Popularitätsschub für die DPJ und die neue Regierung: 64% der Wähler, die von der *Yomiuri Shinbun* befragt wurden, unterstützten Kan. Diese Unterstützungsrate lag zwar deutlich unter den

Zustimmungsraten für Jun'ichirō Koizumi (87%) oder Hatoyama (75%), deutete aber auf eine Erholungstendenz für die DPJ hin, also auf bessere Aussichten für die anstehenden Oberhauswahlen. Die Zustimmungsraten der Nicht-DPJ-Wähler stieg von 9% auf 52%, die DPJ-Mitglieder verstärkten ihre Zustimmung von 67% auf 92%. Als Grund für den politischen Aufschwung wird die entschiedene Distanzierung Kans von dem korruptionsverdächtigen Macher Ozawa gewertet, obwohl 72% der Meinung waren, dass sein Einfluss noch immer zu groß ist (*TDY ONLINE* 11.06.2010).

Für sein Kabinett benannte Kan fünf neue Minister aus der DPJ, elf von 17 Ministern übernahm er aus der Regierung Hatoyama, darunter den Chef der Neuen Volkspartei, Shizuka Kamei, als Minister für Finanzdienstleistungen und Postreform. Außenminister Katsuya Okada, Verteidigungsminister Toshimi Kitazawa und Verkehrsminister Seiji Maehara behielten ebenfalls ihre Posten. Kabinettsstaatssekretär (Regierungssprecher) und in dieser Position engster Vertrauter des Regierungschefs wurde Yoshito Sengoku, der zu den schärfsten Kritikern Ozawas zählt, unter Hatoyama leitete Sengoku das Ressort für Nationale Politik und Bürokratierreform. Er gehörte früher der SPJ an. Einen Coup landete Kan mit der Berufung der ehemaligen Fernsehmoderatorin und Fotomodell Renho Murata in das Schlüsselressort für Regierungsreform, obwohl sie ursprünglich als Verbraucherschutz-Ministerin eingeplant war. Frau Murata ist in der breiten Öffentlichkeit unter ihrem (chinesischen) Namen Renho bekannt; sie hatte sich in populären TV-Sendungen über Verschwendung in der Verwaltung den Ruf einer scharfzüngigen Ermittlerin erworben. Sie ist Halb-Taiwanesisin und schon deswegen eine Ausnahmeerscheinung in der politischen Kultur Japans. Minister im Schlüsselressort Finanzen wurde Yoshihiko Noda, der ebenfalls zu den erklärten Gegnern Ozawas zählt. Mit 53 Jahren ist er für die traditionelle japanische »Zählung« als Politiker noch recht jung; unter Hatoyama war er stellvertretender Finanzminister, kein Politiker seiner DPJ-Gruppe stellte einen Minister in diesem Vorgängerkabinett (*AEN ONLINE* 10.06.2010). Neuer Elan, Jugendlichkeit und Arbeitseifer sollten das neue Kabinett prägen, wie Regierungssprecher Sengoku betonte; von den 17 Ministern zählen acht zur Generation der 40- und 50-Jährigen (*JT ONLINE* 09.06.2010).

Die wichtigsten Ziele des neuen Kabinetts sind im Wesentlichen dieselben wie unter Hatoyama, allerdings mit anderer Gewichtung: Im Vordergrund soll die wirtschaftliche Erholung stehen. Steuererhöhungen zur schrittweisen Sanierung der Staatsfinanzen, Erhöhung der Sozialausgaben sind weitere innenpolitische Schwerpunkte. Die Erhöhung der Verbrauchersteuer (Mehrwertsteuer) auf 10% rückte in den Vordergrund der Auseinandersetzung in den Oberhaus-Wahlkämpfen (*AS ONLINE* 25.06.2010).

Zusammen mit der NVP plante Kan, noch in der damals laufenden Sitzungsperiode des Parlaments, den Gesetzentwurf zur Post-Reform durchzubringen; DPJ und NVP waren sich einig, dazu die Sitzungsperiode um zwei Wochen zu verlängern. Gegen diesen Plan regte sich in der DPJ heftiger Widerstand, denn die Verlängerung würde mit der Oberhauswahl zeitlich kollidieren. Die Opposition warf Kan vor, dem Thema »Politik und Geld« auszuweichen und nannte ihn »Kan, der Drückeberger« (*nigeruna Kan*) (AS ONLINE 08.06.2010).

Außenpolitisch betonte Kan die engen Beziehungen zu den USA, bei gleichzeitiger Vertiefung der Beziehungen zu den asiatischen Staaten mit dem Fernziel der Gründung einer »Ostasiatischen Gemeinschaft« nach dem Vorbild der EU. Auch die Einhaltung der Emissionsreduzierung von 25 Prozent soll wieder Ziel sein. Noch unter Hatoyama wurden Maßnahmen zur Eindämmung der Staatsausgaben ergriffen: Eine Enquête-Kommission unter Leitung des späteren DPJ-»Generals« Yukio Edano sollte über 6.000 Institutionen überprüfen, die staatliche Hilfen erhielten. Nicht alle Organisationen wurden vorgeladen, Edano konzentrierte sich auf solche Unternehmen, die von ehemaligen Spitzenbeamten geleitet werden. Star dieser Aktion war die TV-Journalistin und Ex-Model Renho Murata, die später unter Kan Kabinettsmitglied wurde. Im Endergebnis ergaben die Maßnahmen weit weniger Einsparungen als erhofft (SZ 26.04.2010).

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die nach Amtsantritt stets eine klare Aussage vermieden hatten, gab Kan zu Protokoll, dass er in seiner Amtszeit offiziell (!) nicht den Yasukuni-Schrein besuchen werde. Als Regierungschef im Amt hatte vor ihm nur Koizumi den Schrein besucht und wütende Proteste in den Nachbarstaaten ausgelöst, alle anderen Regierungschefs erschienen als Privatpersonen (MDN ONLINE 15.06.2010).

Eine erste Bewährungsprobe hatte die neue Regierung Kan unmittelbar nach ihrem Amtsantritt im Unterhaus zu überstehen: Ein Misstrauensantrag der LDP gegen Kan und sein Kabinett wegen Korruptionsverdacht wurde mit Hilfe der SDP-Abgeordneten (!) mehrheitlich abgelehnt (AS ONLINE 06.06.2010; 16.06.2010).

In der Frage einer Verlegung der Basis Futenma stellte sich Kan wenig später den Bürgern von Okinawa und entschuldigte sich für die fortgesetzte Nutzung der Militäranlagen. Gelegenheit für diese ungewöhnliche Geste des Regierungschefs bot die Gedenkfeier für die Opfer der Schlacht um Okinawa 1945, in deren Kämpfen mehr als 100.000 Zivilisten umkamen. Kan bedauerte ausdrücklich die andauernden Belastungen der Bürger von Okinawa und versprach, sich weiter für eine Verlegung der Basis einzusetzen (AEN ONLINE 24.06.2010).

4. Schwarze Kasse für kleine (und große) Aufmerksamkeiten?

4.1 Parteienfinanzierung: Der Keidanren steigt aus

Ein weiterer, in vielen Medien eher unbeachteter »revolutionärer« Prozess gegen politische Korruption wurde unter den Kabinetten Hatoyama und Kan von den viel kritisierten Schlüsselakteuren selbst angestoßen: Die organisierte Wirtschaft wollte sich aus der Finanzierung von Politik zurück ziehen. Voran der einflussreiche Wirtschaftsverband Nihon Keidanren (Keizai Dantai Rengokai, kurz: Keidanren), der früher regelmäßig als Finanzier der Regierungspartei LDP und ihrer Spitzenpolitiker agiert hatte, wollten sich offenbar führende Wirtschaftsorganisationen aus dem Dickicht politischer Korruption befreien.

Vorstand und höchste Funktionsträger des Wirtschaftsverbandes Keidanren haben entschieden, dass dem Verband in Zukunft zentral koordinierte Spendenempfehlungen an Unternehmen und Verbände verboten sind. Keidanren hatte seit 2004 die wichtigsten Politikziele von DPJ und LDP hoch geschätzt und für die Mitgliedsunternehmen feste Spendenbeträge an diese Parteien vorgegeben und koordiniert; diese Gepflogenheit sei aber nicht mehr mit der »Epoche des Politikwechsels« zu vereinbaren, entschied der Vorstand. Von jetzt an will der Keidanren sich auf seine Aufgaben als Think Tank und politischer Ideengeber konzentrieren. Mitgliedsunternehmen und Verbände sollen in Zukunft – der früheren Gepflogenheit entsprechend – wieder ihre Spenden individuell, auf Grundlage eigener Maßstäbe und Entscheidungen, verteilen. Beobachter erwarten, dass die Abkehr des Keidanren von konzertierten Spendenempfehlungen zu einem Verlust politischer Einflussmöglichkeiten führen könnte, der Vorstand des Keidanren verwies demgegenüber auf die gesteigerten Beratungspotenziale des Verbandes: Die zunehmende Verschärfung des globalen Wettbewerbs zwingt die Regierung, verstärkt die Positionen der Unternehmen und Verbände in ihre Wachstumspolitik einzubeziehen, der Keidanren verfügt über das Know-how, Unternehmenspositionen zu bündeln und daraus Analysen zu erarbeiten. Die DPJ begrüßte die Entscheidung des Keidanren uneingeschränkt, forderte darüber hinaus aber auch eine völlige Einstellung von Unternehmensspenden an die Politik, wobei die Parteiführung auf das so genannte »Wahlmanifest« von 2009 verwies, in dem diese Forderung erhoben wurde (*NIKKEI* 09.03.2010). Die Entscheidung des Keidanren ist als historischer Einschnitt zu werten, wie der folgende Überblick über die Spendentätigkeit des Verbandes und die damit zusammen hängenden Skandale zeigt.

1948	Shōwa denko-Skandal: Beamte des Finanzministeriums werden unter Bestechungsverdacht verhaftet.
1954	Unter dem Verdacht der Bestechung durch Werftunternehmen werden Beamte des Finanzministeriums verhaftet.
1955	Der Keidanren beginnt mit koordinierten Unternehmensspenden. Zusammenschluss von rechten und linken Sozialisten. Aus der Vereinigung der Konservativen entsteht die LDP.
1960	Aktionäre strengen ein Verfahren auf Schadenersatz gegen Yawata Steel wegen Spenden an die LDP an.
1970	Der Oberste Gerichtshof entscheidet in diesem Fall, dass politische Spenden durch Unternehmen »rechtskonform« sind.
1976	Wegen des Lockheed-Skandals wird der ehemalige Ministerpräsident Tanaka verhaftet, 1983 erstmals verurteilt.
1988	Recruit-Skandal
1993	Schmiergeld-Affäre in Zusammenhang mit Bauunternehmen. Die Keidanren-Führung beschließt, koordinierte Spenden zu verbieten.
1998	Die Keizai Dōyūkai [Unternehmerverband] erklärt ein grundsätzliches Verbot von Unternehmensspenden. Die Keidanren-Führung arbeitet darauf hin, koordinierte Spenden wieder zu ermöglichen.
2004	Die Keidanren-Führung eröffnet faktisch wieder die Möglichkeit unter Würdigung der politischen Lage, koordinierte Spenden zuzulassen.
2009	Die DPJ erringt einen überwältigenden Wahlsieg, in ihrem Programm wird ein gesetzliches Verbot von Unternehmens- und Verbandsspenden festgelegt. Der Keidanren gibt die »politische Würdigung« von Parteien auf.
2010	Der Keidanren verbietet koordinierte Spenden an Parteien.

Quelle: MS 09.03.2010.

4.2 Schwarze Kasse für Medienbetreuung

Unmittelbar vor dem Machtwechsel von LDP zu DPJ wurde bekannt, dass beim Amt des Ministerpräsidenten über Jahrzehnte eine schwarze Kasse geführt wurde, aus der Zahlungen an Journalisten geleistet bzw. Reisen bezahlt wurden, um die veröffentlichte Meinung im Sinne der (LDP-) Regierung zu beeinflussen. Die Kontrolle über diese Kasse hatte der Kabinettsprecher. Die Existenz dieses »Reptilienfonds« war schon lange inoffiziell bekannt, 2009 aber räumte der Kabinettsstaatssekretär (Regierungssprecher) Hirofumi Hirano erstmals offiziell die Existenz der Kasse ein. Die großen, »staatstragenden« Medien hatten die schwarze Kasse nie thematisiert, jetzt reagierte Hirano auf Berichte u.a. der kommunistischen *Akahata* (Rote Fahne), dem Zentralorgan der KPJ, die für ihren Enthüllungsjournalismus

bekannt ist. Der Regierungssprecher gab zu, zwischen September 2009 und März 2010 aus dem Fonds 360 Mio. Yen entnommen zu haben, von denen er nur 16 Mio. Yen zurückzahlte. Auf die Frage eines kommunistischen Abgeordneten zu Nachweisen und Belegen sagte Hirano nur, er »habe sie im Kopf« (*ECONOMIST* 22.05.2010: 58). Über den Verwendungszweck der Gelder wollte Hirano aus Gründen »der nationalen Sicherheit« nichts sagen. Fest steht, dass die Regierung Hatoyama kurz vor dem Ausscheiden aus dem Amt 250 Mio. Yen aus dem Fond entnommen hat. Die voran gegangenen Zahlungen aus dem Fonds lagen zwischen 11,95 und 12,0 Mrd. Yen innerhalb eines Jahres 2009/2010, das Zusammentreffen hoher Zahlungen an das Kabinett Hatoayma mit den Unterhauswahlen 2009 wollte Hirano ebenfalls nicht öffentlich kommentieren (*YS* 21.11.09). Die *Asahi Shinbun* kam zu folgenden Zahlungen:

Jahr	Monatszeitraum	Beträge der »schwarzen« Zahlungen
2004–05	April, Mai-Januar, Februar	200 Mio., je 100 Mio.. Yen
2006–08	April, Mai-Januar, Februar	200 Mio., je 100 Moi .Yen., 130 Mio. Yen
2009	April	200 Mio. Yen
LDP-/NKMT-Koalition	Mai – August	Je 100 Mio. Yen
	September	250 Mio. Yen
Kabinett Hatoyama	September-Oktober	Je 60 Mio. Yen

Quelle: AS 21.11.2009.

Die DPJ hatte aus der schwarzen Kasse während ihrer Zeit in der Opposition ebenfalls Zahlungen erhalten, die sie aber nicht öffentlich machte. Diese Enthüllung war umso peinlicher, als die DPJ 2001 einen Gesetzentwurf zur »Offenlegung von Geheimzahlungen« (des Kabinettsstaatssekretärs) eingebracht hatte. Der damalige Parteichef Hatoyama hatte vor dem Unterhaus die Bekanntgabe von Zahlungsverantwortlichen, Empfängern und Beträgen gefordert, dabei bezeichnete er diese Informationen als Pflicht der Regierung gegenüber dem Volk. Seichōkaichō war zu dieser Zeit der spätere Außenminister im Hatoyama-Kabinett Okada; auch er forderte eine Auflösung der schwarzen Kasse. Regierungssprecher Hirano begründete das damalige Verhalten der DPJ mit ihrer Rolle in der Opposition, »heute, in Regierungsfunktion, gilt es im nationalen Interesse zu denken« (*YS* 21.11.2009).

4.3 Spendenprobleme auch beim Ex-Regierungschef?

Die Staatsanwaltschaft Tōkyō hatte im Dezember 2009 gegen zwei frühere Assistenten des Ex-Regierungschefs (sog. »Sekretäre«, die vom Staat bezahlt werden) wegen unsachgemäßer Verbuchung von Parteispenden Vorermittlungen eingeleitet. Die Strafverfolgungsbehörden gingen davon aus, dass die Herkunft von Geldspenden in Höhe von umgerechnet 3 Mio. Euro vertuscht wurde; zusammen mit anderen undurchsichtigen Geldflüssen ging mindestens ein Teil dieser Spenden auf Zahlungen von Konten der Mutter Hatoyamas zurück – Gelder, die natürlich als Geschenke steuerpflichtig waren. Die Staatsanwaltschaft sah keine Hinweise für ein persönliches Verschulden des Regierungschefs, die Schuldhaftigkeit liege allein bei den Assistenten. Hatoyama zahlte umgerechnet 4,3 Mio. Euro Steuern nach, obwohl er öffentlich beteuerte, von den Verbuchungsmanipulationen nichts gewusst zu haben. Die Geldgeschenke flossen 2004–2008 an die Unterstützerorganisation Hatoyamas, die *Yūai Seikei Danwakai* (Freundschaftlicher Gesprächskreis zu Politik und Wirtschaft; *yūai* spielt hier auf die britische Gewerkschaft »Friendly Society« an). Bei der Besteuerung der Zahlungen als Spenden und den Angaben des Spenders dürften die Hauptprobleme gelegen haben, denn Hatoyamas Mutter konnte sich die finanzielle Unterstützung ihres Sohnes leisten – schließlich ist sie Tochter des Gründers von Bridgestone, dem weltgrößten Reifenhersteller. Bereits damals waren Forderungen nach Rücktritt des Regierungschefs in den Medien laut geworden – Hatoyama lehnte das strikt ab.

Die Staatsanwaltschaft hatte Hatoyamas größte Spendenorganisation, die *Yūai Seikei Danwakai*, wegen verdeckter, falsch verbuchter Spenden näher ins Visier genommen. Im Verdacht stand der Geschäftsführer der Gruppe und vormalige Sekretär Hatoyamas wegen gefälschter Angaben zu politischen Spenden, also wegen des Verstoßes gegen das Gesetz über politische Gelder, auch gegen einen zweiten Sekretär Hatoyamas wurde ermittelt. Obwohl der Regierungschef einen Rücktritt ablehnte, mussten sich die Ermittlungen belastend auf die Regierungsführung auswirken. Gegen Hatoyama wurde aber aus Mangel an Beweisen keine Anklage erhoben. Die Anklageschrift warf den beiden Ex-Sekretären vor, jeweils Zahlungen von mehr als 400 Millionen Yen falsch verbucht zu haben. Einzelspenden und Einnahmen aus dem Verkauf von Party-Tickets (»fund raising dinners«) wurden als Zahlungen von Hatoyama und seiner Mutter nicht oder falsch in den Bilanzen der Spendenorganisation verbucht, es handelte sich zwischen 2006 und 2008 um ca. 359 Millionen Yen. Auch Zahlungen von Hatoyamas Mutter und seiner älteren Schwester zwischen 2005 und 2008 an die Unterorganisation der *Yūai Hokkaidō* in Höhe von 12 Mio. Yen bzw. aus Party-Tickets von 30 Mio. Yen erschienen nicht in

den Bilanzen oder wurden gefälscht, d.h. gestückelt und als Einzelspenden unterhalb der Offenlegungsgrenze pauschal verbucht (YS 25.12.2009).

Der Ermessensspielraum der Staatsanwaltschaft bei der Eröffnung von Ermittlungsverfahren ist sehr weit gesteckt: Wenn sie eine Bedrohung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts befürchtet, ist die Staatsanwaltschaft berechtigt, Verfahren »umzulenken« oder niederzuschlagen, sie fungiert so als soziales Steuerungssystem (AEN 2.12.2009; SZ 30.12.2009).

4.4 Ozawas undurchsichtige Finanzen: Kollateralschaden für die DPJ?

4.4.1 Ozawa und die Entstehung der DPJ

Nach 13 Jahren endlich an der Macht: Die DPJ wurde 1996 gegründet, vereinigte sich 2003 mit der Liberalen Partei und siegte schließlich in den Unterhauswahlen 2009. Als »zweite große Partei« wollte die DPJ unter Yukio Hatoyama anfangs allein gegen die LDP kämpfen und einen Generationenwechsel in der konservativen Politik herbeiführen. Der Durchbruch gelang aber erst, nachdem sich Ichirō Ozawa mit seiner Gruppierung der DPJ angeschlossen hatte; als erster Partei gelang der DPJ 2009 aus der Opposition heraus die Regierungsübernahme. Hatoyama betonte nach dem Wahlerfolg von 2009, dass »nur eine zweite große Partei, gegen die LDP, die Politik des Landes grundlegend verändern kann«. Aber erst das Bündnis zwischen politischer Vision Hatoyamas und der taktischen Durchsetzungsfähigkeit Ozawas brachte den Erfolg näher. Anstoß und Motor der DPJ-Gründung durch Hatoyama und Kan war 1993 die Bildung des Kabinetts Hosokawa aus Anti-LDP-Kräften. Hatoyama hatte im selben Jahr die Obuchi-Fraktion der LDP verlassen und zusammen mit dem erfahrenen Regionalpolitiker Masayoshi Takemura die Shintō Sakigake gegründet (ИТОН 2003: 167). Die politische Szene war aufgewühlt von dem Recruit-Skandal und den Tōkyō Sagawa Kyūbin-Affären, der Kampf gegen »Politik und Geld« rückte in den Mittelpunkt der Kritik. Die Abschaffung der LDP-Faktionen (*habatsu*) und die Forderungen nach einer Wahlrechtsreform ließen Teile der LDP wegbrechen, nicht nur die Shintō Sakigake, sondern auch die Shinseitō unter Ichirō Ozawa wurde aus weggebrochenen Gruppen der LDP gebildet. Ehemalige LDP-Parlamentarier gründeten auch die Shinshintō, so dass eine Dreieckskonstellation entstand: Die neue DPJ bestand schließlich im Wesentlichen aus Mitgliedern der Shintō Sakigake und ehemaligen Sozialisten, die ihrer Partei den Rücken gekehrt hatten. Der wirkliche Durchbruch kam jedoch erst, als Ozawa 1997 plötzlich die Shinshintō auflöste, sich 1998 zusammen mit Okada der DPJ anschloss und

so die »neue« DPJ entstand. Zur selben Zeit war Ozawa aber noch Parteichef der Jiyūtō, die zusammen mit der DPJ im Unterhaus ein Oppositionsbündnis geschlossen hatte. Ozawas Hauptziel war die »Zerstörung der LDP von innen«, seine Strategie zielte dazu letztlich auf ein Jijirenritsu-Bündnis (Jiyū-Jimin-Bündnis) (NIKKEI 05.09.2009).

Diese Sorge schien wohl begründet: Die DPJ ist seit ihrer Gründung auf das engste mit dem politischen Werdegang Ozawas verknüpft: Im September 2003 vereinigte er seine Liberale Partei (Jiyūtō) mit der Demokratischen Partei (Minshūtō), im Dezember wurde er stellvertretender Repräsentant der Partei. Im Mai 2004 trat Naoto Kan wegen unbezahlter Rentenbeiträge zurück, Ozawa kandidierte für seine Nachfolge, zog aber seine Kandidatur schnell zurück, da auch er Beitragsprobleme zugeben musste, Okada übernahm den Posten. In den sog. »Postpolitik«-Wahlen vom September 2005 erlitt die DPJ eine verheerende Niederlage, Okada trat als Parteichef zurück, ihm folgte Maehara. Dieser wiederum trat nach einem anderen Skandal zurück; im folgenden Wahlkampf um die Parteiführung besiegte Ozawa Naoto Kan und stieg zum Parteichef auf, im September wurde er ohne Wahlgang in dem Amt bestätigt. In den Oberhauswahlen vom Juli 2007 wurde die DPJ zur stärksten Partei in der zweiten Kammer (Oberhaus), und Ozawa vereinbarte mit Regierungschef Fukuda eine große Koalition, wobei es anfangs so aussah, als sollte Ozawa die Führung übernehmen. Im September 2008 wurde Ozawa ohne Wahlgang zum dritten Mal als Parteichef gewählt. Ozawa weigerte sich entschieden, aus den Beschuldigungen gegen seine Sekretäre und ihr Finanzgebaren in der Spendenorganisation Rikuzankai persönliche Konsequenzen zu ziehen: Vor dem DPJ-Parteitag im Januar 2010 kündigte er entschlossenen Widerstand gegen Untersuchungen an, die ihn ganz persönlich betrafen und gab der Entschlossenheit Ausdruck, Generalsekretär zu bleiben. Parteichef Hatoyama hatte in seiner Grundsatzzrede diese Haltung Ozawas nachdrücklich unterstützt, und auch die Delegierten standen hinter ihm (YS 17.01.2009).

4.4.2 Machtgruppen in der DPJ

Die Entstehungsgeschichte der DPJ führte zu einer Parteistruktur, die auf den ersten Blick in mancher Hinsicht einen Vergleich mit der LDP nahe legt. Anders aber als die Liberaldemokraten mit ihrem, in jahrzehntelangem Machtmonopol verknöcherten *habatsu*-System (Faktionssystem) definieren sich die Führer der Politiker-Gruppen in der DPJ nicht über einen Kampf um Posten und Geldmacht, auch gehören viele DPJ-Abgeordnete mehreren Gruppen an, wobei sie nicht unbedingt

zusammenhalten und gemeinsame Aktionen durchführen. Beobachter glauben in der Partei sieben Gruppen identifizieren zu können, von denen die Isshinkai (Gruppe grundlegender Umbruch) Ichirō Ozawas die größte ist. In der Gruppe versammeln sich ehemalige Parlamentarier der Shinseitō, der Shinshintō und der Jiyūtō, alles Gruppierungen, die in den 1990er Jahren kurz auf der politischen Bühne auftauchten, um dann schnell wieder in politischen Emulsionen aufzugehen. Hinzu kommen junge Parlamentarier, die ihren Wahlerfolg der Anleitung und den Beziehungen Ozawas verdanken; viele der Parlamentsneulinge, die 2009 gewählt wurden, zählen zu dieser Gruppe. Die zweite Gruppe wird von Yukio Hatoyama geführt und trägt den Namen Seiken Kōdai wo Jitsugen suru Kai (Vereinigung zur Verwirklichung eines Wechsels in der politischen Macht). Zusammen mit dem Regierungschef sitzen drei seiner engsten Vertrauten ebenfalls in der Führung der Vereinigung. Die Gruppe trifft sich jedes Jahr ab Ende April zu den aufeinander folgenden Feiertagen im Sommerhaus der Familie Hatoyama in Karuizawa, um die Gemeinschaft zu festigen. Auf die Schlüsselposition im Kabinett, den Posten des Kabinett-Staatssekretärs (Regierungssprecher), der die Rolle einer rechten Hand des Regierungschefs spielt, wurde Hirofumi Hirano bestimmt, auch er gehört zum engen Führungszirkel der Vereinigung. Die dritte Gruppe in der DPJ wird von Naoto Kan geführt und trägt den Namen Kuni no Katachi Kenkyūkai (Studiengruppe zur Gestaltung des Landes), ihre Mitglieder stammen meist aus dem Umkreis der früheren Minshūtō. Abgeordnete, die dem stellvertretenden Parteichef Maehara nahe stehen, haben sich in der Shinogikai (Gesellschaft der dauerhaften Wolke) zusammengeschlossen. Die meisten der Mitglieder entstammen der Shintō Sakigake, die in den 1990er Jahren von Hatoyama gegründet worden war, oder der Nihon Shinseitō, die Morihiro Hosokawas Kandidatur als Ministerpräsident gestützt hatte. Abgeordnete der früheren Minshatō und der ehemaligen Shakaitō finden sich in der Shin Seikyoku Kondankai (Gesprächsrunde zu einer neuen politischen Lage), in dieser Gruppe sind prominent ehemalige Gewerkschafter der Jijirō (Gewerkschaft der Staatsbediensteten) und der Nikkyosō (Lehrergewerkschaft) vertreten. Die kleinste Gruppe heißt Kaseikai (Gesellschaft vom Blumenland), die aber seit 2008 in Auflösung begriffen ist, seit sie mit ihrem Führungsanspruch scheiterte (YS 08.09.2009).

»Die Zukunft, die niemand will, heißt Japan« (ROGOFF 2010) – mit dieser ebenso einprägsamen wie vergrößernden Formel warnen Politiker und Ökonomen überall auf der Welt vor japanischen Entwicklungen, die aus einem Staat mit dreißigjähriger Erfolgsgeschichte einen zeitweise deflationär taumelnden Wirtschaftsriesen machten. Aber Japans Wirtschaftskraft ist im internationalen Vergleich unverändert beeindruckend, mit einem Pro-Kopf Einkommen von 40.000

US\$ steht das Land auf Rang drei der führenden Wirtschaftsnationen, daran ändert auch die extreme Staatsverschuldung nichts. Hinter der Erfolgsfassade verbergen sich jedoch Probleme, die schon das Kabinett Hatoyama anzugehen versuchte und die jetzt von der Regierung Kan weiter bewältigt werden müssen, darunter Arbeitsplatzverluste, zunehmende Zeitarbeit bzw. befristete Beschäftigungsverhältnisse, sinkende Kaufkraft und weiter steigende Staatsverschuldung trotz extrem günstiger Zinsbedingungen. Noch finanzieren Japans Sparer mehrheitlich diese Schulden, aber sinkende Geburtenraten und die tief verwurzelte Ablehnung gegen Zuwanderung verengen den Arbeitsmarkt. Menschen, die heute gern Staatsanleihen kaufen, werden diese im Alter verkaufen müssen und »wenn der Markt deutlich höhere Zinsen verlangt, wird Japan seiner eigenen griechischen Tragödie ins Auge blicken« (ROGOFF 2010: 28). Der IMF geht davon aus, dass die Brutto-Verschuldung der Haushalte bis 2015 die Brutto-Vermögen überschreiten wird. Japanische Staatsanleihen müssten dann vermehrt auf den internationalen Märkten platziert werden und damit erheblich höhere Zinsen und Sicherheitsrisiken tragen. Ein zweites Problem ist die drohende Deflation und drittens schließlich die einseitige Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums vom Export. Die Regierung Kan ist gefangen zwischen der Notwendigkeit, die Mehrwertsteuer zu erhöhen und die Wachstumskrise bei stagnierender Nachfrage zu überwinden.

Die 174. ordentliche Parlamentssession vom Januar 2010 wurde wirtschafts- und finanzpolitisch von zwei Problemfeldern beherrscht: Diskussion und Verabschiedung des zweiten Nachtragshaushalts 2009 sowie die Behandlung des ordentlichen Haushalts 2010 prägten die finanzpolitische Agenda mit einer umfassenden Bestandsaufnahme der finanzpolitischen Disziplin, wirtschaftspolitisch standen die Sanierung der JAL (Japan Airlines), die Beschäftigungspolitik und Beschlüsse über politische Maßnahmen gegen den zweiten Konjunkturabschwung im Mittelpunkt der parlamentarischen Beratungen. Haupthindernisse auf dem Weg zu einer Partei übergreifenden Kompromisspolitik zwischen Regierung und Opposition waren dabei die Frage einer Verlegung der US-Basis auf Okinawa und der Versuch der LDP, dem Ministerpräsidenten und seinem Generalsekretär Ozawa politische Spendenskandale anzulasten (NIKKEI 18.01.2010).

Die beiden erforderlichen Gesetze zur Aufstellung eines zweiten Nachtragshaushalts 2009 als wirtschaftspolitische Notmaßnahme wurden Ende Januar 2010 verabschiedet, im Oberhaus mit den Stimmen der NKMT. Die Behandlung des Haushalts 2010 war deutlich schwieriger, da die Opposition mit Blick auf die schwelenden Spendenskandale um Hatoyama und Ozawa die Beratungen verzögerte. Überdies hielten die LDP und die KPJ den Haushaltsansatz für zu niedrig. Die NKMT ver-

wies jedoch darauf, dass die Wirtschaftslage eine schnelle Entscheidung erfordere und stimmte zu (MS 29.01.2010).

5. Die Opposition

5.1 Parteienlandschaft 2009/2010

Wie immer in den vergangenen Jahren boten die japanischen Parteien ein verwirrendes Bild im Berichtszeitraum, deshalb hier ein kurzer Überblick über die sieben wichtigsten Gruppierungen:

- Nihon Minshūtō, Demokratische Partei Japans, DPJ (führende Partei der Regierungskoalition)
- Jiyū Minshūtō, Liberaldemokratische Partei, LDP (größte Oppositionspartei, über 50 Jahre fast ununterbrochen an der Regierung, seit 2009 Opposition)
- Shin Kōmeitō, NKMT, »neue« KMT (zweitgrößte Oppositionspartei)
- Shakai Minshūtō, Sozialdemokratische Partei, SDP (drittgrößte Oppositionspartei)
- Kokumin Shintō, Neue Volkspartei, NVP (in Regierungskoalition)
- Nihon Kyōsantō, Kommunistische Partei Japans, KPJ (traditionell Oppositionspartei)
- Minna no Tō, Ihre Partei! (gegr. erst August 2009, Abspaltung von der LDP)

5.2 Neue Parteiführung der LDP

Die stimmberechtigten Parlamentsabgeordneten (199 Abgeordnete beider Kammern) und gewählte Vertreter der LDP-Regionalorganisationen (300 Personen) wählten im September Sadakazu Tanigaki zum neuen Parteipräsidenten der LDP, dem 24. in der Parteigeschichte; 120 Abgeordnete und 180 Regionalvertreter stimmten für ihn. Auf Platz zwei wurde Tarō Kōno gewählt, der es nur auf 109 Mitgliederstimmen aus den Regionen brachte. Kōno wollte die innerparteilichen Machtgruppen (*habatsu*) abschaffen und weitere innerparteiliche Reformen durchsetzen; diese Pläne dürften ihn den ersten Platz gekostet haben. Tanigaki ist bis zum September 2012 als 24. Parteipräsident gewählt; erst zum zweiten Mal in ihrer Geschichte hat die machtverwöhnte LDP einen Parteichef bestimmt, während sie in der Opposition saß. Tanigaki hatte schon im Wahlkampf der Partei die Parole ausgegeben, er wolle

die LDP wieder aufbauen. Er kündigte jetzt auch die Berufung eines Schattenkabinetts an (*NIKKEI* 29.09.2009). Die weiteren wichtigsten politischen Ziele, die sich Tanigaki auf die Fahnen schrieb, ließen nichts Neues erkennen: Eindämmung der Macht der Faktionen, Besetzung von Parteiposten nach Befähigung ohne Rücksicht auf innere Machtbalancen der Partei. Die Parlamentsarbeit soll von politischen Veteranen übernommen werden, die führend die Strategien entwickeln werden. Bei dem Problem der politischen Spendengelder für Hatoyama gelte es, nachzufassen. Eintreten für den Zusammenhalt der Regionen und Familien, eintreten für einen »Graswurzel-Konservatismus« (*MS* 29.09.2009).

Die drei Führungspositionen unterhalb des Parteichefs besetzte Tanigaki mit Politikern, die über längere politische Erfahrung verfügen, aber nach der Unterhauswahl war die Auswahl nicht mehr sehr groß: Alle innerparteilichen Machtgruppen der LDP hatten einen hohen Mitgliederschwund durch Mandatsverluste zu verzeichnen, einige Faktionen wurden glatt halbiert. Neuer Generalsekretär wurde Takamori Oshima aus der Kōmuraha (reduziert von 15 auf 6 Mitglieder; alle Angaben vgl. *WINKLER* 2009: 56). Auf den Posten des Sōmūkaichō (Vorsitzender des Parteirats) kam Yuriko Koike und Seichōkaichō (Leiter des Ausschusses für politische Grundsatzfragen) wurde Shigeru Ishiba. Die Personalien der Parteiführung spiegeln nicht den entschlossenen Wunsch nach inneren Reformen wieder, vielmehr zeigte sich in der Postenverteilung die Abwehrhaltung der Parteibarone, die um ihren Einfluss fürchteten. So hatte der Reformler Tarō Kōno konkrete Vorstellungen von nötigen Reformen, und die Parteimitglieder standen hinter ihm, aber die LDP-Parlamentarier blockten seine Wahl ab (*FAZ* 16.04.2009).

5.2.1 Neues Grundsatzprogramm der LDP

Auf dem ersten Parteitag der LDP nach ihrem Sturz in die Opposition verabschiedete die Partei ein neues Grundsatzprogramm für 2010. Vor sich sieht die LDP eine Masse von Problemen, die sie mit einem Erfolg in den Oberhauswahlen teilweise zu lösen hoffte. Dazu wollte die Partei (wieder einmal) mit ihren unglückseligen Traditionen brechen und sich als moderne konservative Partei neu erfinden. Die Kernpunkte des Programms für 2010 (vgl. *NIKKEI* 25.01.2010):

- Keine sozialistische Politik, die das Selbstbestimmungsrecht des Volkes beeinträchtigt.
- Wir sind eine konservative Partei, die stets die Zukunft im Blick hat.

- Erarbeitung einer neuen Verfassung, die das Japanische betont und zugleich globale Beiträge leisten kann.
- Achtung vor der Selbstverantwortung und Selbständigkeit des Individuums, Zusammenführung von öffentlicher und privater Unterstützung.
- Wiederbelebung der regionalen Gesellschaft und der Familie als Schutzschilder der Geborgenheit.
- Wiederaufbau der Finanzpolitik durch Leistungsorientierung und Reformen des Steuerrechts.
- Anstreben eines Japan-Bildes, das Stolz und Dynamik ausstrahlt.
- Bildung einer Regierung, die eine gerechte Politik für alle Menschen verwirklicht.

5.2.2 Weitere Spaltungstendenzen in der LDP: Neue Parteien der Politveteranen und LDP-Rebellen

Unselige Traditionen ihrer Entstehungs- und Strukturgeschichte setzen die LDP immer neuen inneren Zerreißproben aus, der politische Spaltpilz zerbröselte die Partei auch nach ihrem Sturz: Wo Einigkeit vonnöten wäre, brechen Parteigruppen weg. Unzufriedenheit mit der Führung äußert sich in der LDP traditionell nicht im konstruktiven Dialog bzw. in fruchtbarem Streit, sondern durch Parteiaustritte streitender Wortführer mit ihren Gefolgschaften. Im April gründeten fünf LDP-Veteranen, die mit dem Führungsstil Tanigakis unzufrieden waren, eine neue Splitterpartei mit dem schönen Namen »Steh auf Japan!« (*Tachiage Nippon*). Der Altersdurchschnitt der Parteigründer ließ kaum einen Aufbruch erwarten: Die Herren sind im Schnitt 69,9 Jahre alt, Parteigründer Kaoru Yosano ist 71. Streit scheint unausweichlich: Als ehemaliger Finanzminister des letzten LDP-Kabinetts betrieb Yosano die Privatisierung der Post, sein Parteifreund Takeo Hiranuma wurde wegen seines Protests gegen eben diese Reform aus der LDP ausgeschlossen. Verbündeter der Gruppe ist der umstrittene Gouverneur von Tōkyō, Shintarō Ishihara, der immer bereit ist, als Kristallisationskern ultra-konservativer Kräfte aufzutreten sowie der ebenfalls erzkonservative Präsident der *Yomiuri Shinbun*, Tsuneo Watanabe (*ECONOMIST* 10.04.2010: 50). Die neu gegründete Kleinpartei traute wohl bald ihrem eigenen Anspruchsgebaren nicht mehr: Sie nannte sich in Kommunikués bald auf Englisch »Sunrise Party«. Die Einschätzung der Mini-Partei in den Worten des Japan-Korrespondenten des *Economist*: »The party seems to have the blessing of some of the Jurassic elements of Japan's establishment.« (*ECONOMIST* 10.04.2010: 50)

Auch der frühere Gesundheitsminister Yoichi Masuzoe hat eine eigene neue Partei gegründet, die möglicherweise mehr Zulauf erwarten darf. Zusammen mit ihm verließen fünf andere LDP-Parlamentarier die Partei. Die neue Kleinstpartei nennt sich Shintō Kaikaku (Neue Reformpartei). Er meldete in schöner Großspurigkeit Ansprüche auf das Amt des Regierungschefs an – allerdings gestützt auf Umfragen, die ihn für das Amt favorisierten. Masuzoe wird eine sarkastische Deutung des Kürzels LDP zugeschrieben: »Lousy Dumb Party« (*BCCJ* 15.04.2010). Diese abfällige Bemerkung kennzeichnet Masuzoes Verhältnis zur LDP: Er hatte die Parteiführung wiederholt scharf kritisiert und war innerparteilich unter Druck geraten (*AEN ONLINE* 26.04.2010). Masuzoe hatte seine Partei anfangs unter dem Namen des schon bestehenden Kaikaku Kurabu (Reformclub) registriert, um staatliche Parteienförderung zu erhalten, dann änderte er ihren Namen in Shintō Kaikaku (*JT ONLINE* 24.04.2010). Auch der Bezirksbürgermeister von Suginami (Tōkyō), Hiroshi Yamada, bildete eine neue Partei gemeinsam mit anderen Gemeindebürgermeistern (*JT ONLINE* 24.04.2010).

Der schwerste Schlag für die LDP war jedoch der Parteiaustritt Kunio Hatoyamas. Gegenüber Generalsekretär Oshima kündigte Hatoyama an, er werde im April eine neue Partei gründen, um mit eigenen Kandidaten bei den Oberhauswahlen anzutreten. Mit Hatoyama verließ auch der stellvertretende Generalsekretär Sonoda die Partei. Seit der Verbannung in die Opposition sind der LDP insgesamt sechs Unterhausabgeordnete abhanden gekommen. Alle Parteiflüchtlinge gaben Unzufriedenheit mit der LDP-Führung und ihrer Politik als Gründe für ihren Austritt an. Während Parteichef Tanigaki sich vor Journalisten resigniert zeigte, verwies Generalsekretär Oshima auf die Gemeinsamkeiten zwischen LDP und der geplanten neuen Partei Hatoyamas, es ginge letztlich um die Ablösung der DPJ-Regierung (*YS* 16.03.2010).

Erinnerungen an die 1990er Jahre werden geweckt, wenn es um die 2009 gegründete Minna no Tō (Ihre Partei!) geht: Yoshimi Watanabe, der Sohn des populären früheren Wirtschafts- und Außenministers Michiko Watanabe, und selbst Minister für Verwaltungsreformen hatte die Mini-Partei als eigene Organisationsbasis gegründet. Er hoffte, die »Partei« zwischen LDP und DPJ positionieren zu können.

Insgesamt verließen Anfang 2010 dreizehn Parlamentarier die LDP, fast alle mit dem Ziel, in den Oberhauswahlen der LDP Stimmen abzugeben und so bei späteren Bündnisverhandlungen im Oberhaus Gewicht zu gewinnen. In der öffentlichen Wahrnehmung der neuen Gruppierungen zählten also nicht die Programme, sondern die Möglichkeit, ihre Mandate zu retten: Mit wenigen Ausnahmen standen die Parteiflüchtlinge in den Oberhauswahlen zur Wiederwahl an. Ihre »Programme« sind aus Worthülsen gebaut, und abgesehen von wenigen prominenten Einzelnen –

wie Watanabe oder Masuzoe – bestehen sie aus Hinterbänklern mit politischer Existenzangst.

5.3 Parteitag der KPJ

Auf ihrem 25. Parteitag bestätigte die KPJ ihren Parteichef Kazuo Shii und den Leiter des Sekretariats (früher: Generalsekretär) Tadayoshi Ichida. Kernpunkte des Programms waren der Widerstand gegen ein Freihandelsabkommen mit den USA, das die Partei als Gefahr für die japanische Landwirtschaft wertete. Wiederbelebung der Forstwirtschaft und Förderung der Fischerei durch Stützung der Fischergemeinden. In den Oberhauswahlen 2010 will die KPJ die Hochburgen der Konservativen angreifen, um auch dort die Unterstützung für die Partei auszubauen. Gegenüber dem vorangegangenen Parteitag 2006 wurde die Führung deutlich von durchschnittlich 53 auf 40 Jahre verjüngt und die Zahl der Spitzenfunktionäre von 14 auf 35 erhöht, offenkundig strebt die KPJ einen Generationswechsel an (*MS* 17.01.2010).

5.4 Führungswechsel in der Neuen Kōmeitō

Nachdem Parteichef Ota (sog. Chef-Repräsentant) die Verantwortung für die schwere Niederlage der NKMT übernommen und sein Amt niedergelegt hatte, nominierte die Parteiführung erwartungsgemäß den Vorsitzenden des Ausschusses für politische Grundsatzfragen und Oberhausabgeordneten Natsuo Yamaguchi als seinen Nachfolger, er wurde am 8. September von den Landesdelegierten bestätigt. Die Amtszeit Otas hätte im Herbst 2010 geendet, bis zu dem turnusmäßigen Parteitag wurde Yoshihisa Inoue zum Generalsekretär für den ebenfalls zurückgetretenen Kita Hoku bestimmt. Yamaguchi studierte an der Tōdai (Jura) und wurde Rechtsanwalt. Er war parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsamt(-ministerium) und wurde zweimal in Tōkyō in das Oberhaus gewählt. Die NKMT hat sich damit für eine neue Führungsriege entschieden, die die Partei in der Opposition führen soll – und vielleicht einst wieder in die Regierung (*YS* 09.09.2009).

Die Partei hat sich jetzt offenbar mit der Oppositionsrolle abgefunden: Im Mai 2010 unterstrich der stellvertretende Generalsekretär Yosuke Takagi, dass die NKMT nach den Oberhauswahlen nicht mit der DPJ in irgendeiner Form koalieren werde: Man könne sich nicht mit einer Partei verbünden, die so bedenkenlos ihre Wahlversprechen aus den Unterhauswahlen 2009 bricht wie die DPJ. Takagi

bezog sich hier auf das frühere Versprechen Hatoyamas, den US-Stützpunkt Futenma von Okinawa weg zu verlegen.

5.5 Die Sozialdemokraten bestätigen ihre Führung: Frau Fukushima bleibt weitere zwei Jahre

Nach Ablauf ihrer Amtszeit als Parteichefin der SDP wurde Frau Mizuho Fukushima auf dem 12. Parteitag ohne Gegenkandidaten zum vierten Mal für zwei Jahre zur Parteichefin gewählt, nachdem sich die Führung bereits im Dezember für sie entschieden hatte. Die Verbraucherschutz-Ministerin, die bald darauf aus dem Hatoyama-Kabinett ausgetreten war und so die Koalition zerbrechen ließ, wurde von allen elf Parlamentariern der SDP gestützt. Nach ihrer Wahl drohte sie bereits Konsequenzen für die Koalition an, wenn die US-Basis auf Okinawa nicht verlegt würde. Die Delegierten des Parteitages im Januar 2010 bestätigten ihre Wahl. Frau Fukushima studierte an der Tōdai Rechtswissenschaften; 1998 wurde sie erstmals in das Oberhaus gewählt, die Anwältin wurde zur Generalsekretärin der SDP und errang bisher zweimal auf einem Listenplatz ein Mandat im Oberhaus (YS 04.12.; 05.12.2009). Die beiden Posten des Vorsitzenden des Ausschusses für Parlamentsarbeit und des Leiters der Kommission für politische Grundsatzfragen konnten erst nach heftigen Auseinandersetzungen unter den 12 SPJ-Abgeordneten beider Parlamentskammern wieder besetzt werden, ein getreues Spiegelbild der Richtungskämpfe in der Partei (AS 28.01.2010).

Die SDP bleibt bei ihrer programmatischen Kernforderung: In ihrem sog. »Manifest zur Oberhauswahl« verlangt die Partei eine Verlegung der Basis Futenma an einen Ort außerhalb Okinawas. Weitere Kernforderungen sind Verbesserung der Lebensqualität, keine Anhebung der Mehrwertsteuern und garantierte Kinderhort-Plätze. Desweiteren: ein »grüner New Deal«, bessere Gesundheitsversorgung, Rechtsschutz und Erziehung, Förderung von Landwirtschaft und Fischerei, Ausbau der erneuerbaren Energien als Wachstumsstrategie, Widerstand gegen das chaotische Handeln der DPJ in der Kernenergie- und Sozialversicherungspolitik (AS ONLINE 15.06.2010).

6. Oberhauswahlen 2010: Schwerer Rückschlag für Naoto Kan

Die Oberhauswahlen 2010 fanden also in einem inzwischen vertrauten Umfeld statt: Die Opposition hatte sich mühsam gesammelt oder teilweise neu formiert, die Stunde der Kleinparteien schien gekommen. Die Regierungskoalition dagegen

ging unübersehbar geschwächt in die Wahlen, vor allem die DPJ war in sich tief gespalten. Der Berichtszeitraum zur Innenpolitik 2009/2010 schloss mit einem Tiefpunkt für die DPJ, wie er 2009 mit einem Höhepunkt für die Partei begonnen hatte.

Für Japans neuen Regierungschef und die DPJ endete der hoffnungsfrohe Neubeginn nach wenigen Wochen mit einer schweren Wahlschlappe, die DPJ blieb unter Kans Führung weit hinter den selbst gesteckten Wahlzielen zurück. Das Oberhaus geriet unter die Kontrolle der LDP und einiger Splitterparteien, trotz der Mehrheit im Unterhaus stehen dem Koalitionskabinett Kan also schwere politische Zeiten ins Haus. Nach dem Austritt der Sozialisten aus der Koalition verfügte Kan auch im Unterhaus nicht über die absolute Mehrheit, das Ziel, im Oberhaus eine Kontrollmehrheit zu erreichen, wurde weit verfehlt. Politisches Lavieren um Mehrheiten und Stagnation im gesetzgeberischen Entscheidungsprozess drohen – und schon wieder werden Rufe nach einem Rücktritt des Regierungschefs laut. Kan aber hat noch am Wahlabend einen Rücktritt kategorisch ausgeschlossen und auch vorgezogene Unterhauswahlen rundweg abgelehnt (*AS ONLINE 12.07.2010*).

Turnusmäßig standen 121 Sitze der 242 Oberhausmandate zur Wiederwahl an, da alle drei Jahre je eine Hälfte der Sitze neu vergeben wird. Kan und die DPJ hätten mindestens 54 Sitze erringen müssen, besser noch 56, um abgesichert zu sein; 60 Mandate wären für eine stabile eigene Mehrheit nötig gewesen. Die DPJ verfügte über 116 Sitze, von denen 62 nicht zur Wiederwahl anstanden, die NVP hatte sechs Sitze, drei standen zur Wiederwahl. Um die 121 Mandate bewarben sich 437 Kandidaten (*JT ONLINE 12.07.2010*).

Die Wahlbeteiligung lag bei 57,92% sowohl bei den Landeslisten als auch in den Wahlkreisen. Die Niederlage der Regierungskoalition in Zahlen: Die DPJ errang 44 Sitze, zehn weniger als ihre Mandatszähl vor dem Wahlgang; zusammen mit den 62 Sitzen, die nicht zur Wahl standen, hat die DPJ jetzt also 106 Oberhaussitze. Zusammen mit den verbliebenen drei Sitzen der NVP bringt es die Regierungskoalition jetzt nur auf 109 Sitze, deutlich weniger als die 122 Sitze, die für eine absolute Mehrheit nötig wären. Die LDP schnitt gut ab: Bei 33 Mandaten, die nicht zur Wiederwahl anstanden, gewann sie 51 Sitze und stellt jetzt mit 84 Abgeordneten die zweitstärkste Oberhaus-Fraktion. Minna no Tō errang auf Anhieb 10 Mandate, indem sie sich zwischen DPJ und LDP positionierte. Kurz nach der Wahl schlossen sich Shintō Kaikaku (Neue Reformpartei) und Tachiagare Nippon (Sunrise Party) im Oberhaus zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammen, die jetzt über fünf Mitglieder verfügt (*MS ONLINE 15.07.2010*).

Am Beginn der Niederlage standen merkwürdige politische Anfängerfehler, die einem erfahrenen Politiker »aus dem Volk« wie Kan eigentlich kaum zuzutrauen

waren. Insbesondere die Diskussion um eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 5% auf 10% wurde von Kan zu einem denkbar unglücklichen Zeitpunkt losgetreten, die Notwendigkeit eines solchen Schrittes war den Wählern (noch) nicht zu vermitteln, wenn der vormalige Finanzminister auch Recht hatte; diese finanzpolitische Ehrlichkeit rächte sich, obwohl laut Umfragen eine deutliche Mehrheit der Wähler für Steuererhöhungen war (*TDY ONLINE* 13.07.2010). In seinen letzten Wahlkampfauftritten versuchte Kan noch verzweifelt, das Thema Steuererhöhung herunter zu spielen, bis zu den nächsten Unterhauswahlen werde es keine Erhöhungen geben, beteuerte er, aber die Oppositionsparteien schlachteten das Thema aus (*TDY ONLINE* 11.07.2010). Diese populistische Strategie stand in deutlichem Widerspruch zur Mehrheitsmeinung unter den Oberhaus-Abgeordneten, von denen nach einer Untersuchung der *Asahi Shinbun* und der Universität Tōkyō 53% für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eintraten (*AEN ONLINE* 14.07.2010).

Hinzu kamen die latente Kritik an der Stützpunktpolitik in Okinawa und dem fortdauernden Einfluss des unbeliebten Machers Ozawa. Dieser begann nach dem Wahldebakel auch unverzüglich einen Rachezug gegen seinen erklärten Gegner Kan und forderte dessen Rücktritt. Aber auch Kan operierte mit Lockungen und Drohungen: Für September, nach den Präsidentschaftswahlen in der DPJ, plante er eine umfassende Kabinettsumbildung, die Kabinettsriege hatte er größtenteils von seinem Vorgänger Hatoyama übernommen. Schwelende Unzufriedenheit mit der Parteiführung wollte Kan durch einen breiten Diskussionsprozess in der DPJ kanalisieren, es sollte keine individuellen Schuldzuweisungen für die Wahlschlappe geben (*MS ONLINE* 14.07.2010). 73% der Wähler sprachen sich in einer Umfrage der *Asahi Shinbun* für einen Verbleib Kans im Amt aus – trotz der Niederlage (*AEN ONLINE* 15.07.2010).

Von den erfolgreichen 12 Kandidaten der LDP für das Oberhaus waren sieben unterlegene Unterhausabgeordnete von 2009, die meisten abtrünnigen LDP-Politiker dagegen unterlagen als Kandidaten anderer Parteien. »Koizumis Kinder«, die der frühere Partei- und Regierungschef 2005 gegen Parteibosse ins »Unterhaus-Rennen« geschickt hatte, erzielten gemischte Ergebnisse: Fünf gewannen ihre Sitze, vier fielen durch (*TDY ONLINE* 13.07.2010). Gute Beziehungen zu den Gewerkschaften zahlten sich für DPJ-Kandidaten auf der Landesliste aus: Von 11 gewerkschaftlich unterstützten Kandidaten (vor allem Rengo) wurden zehn gewählt.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

	DPJ	LDP	NKMT	KPJ	NVP	SDP	IP	Sitze
Gewonnene Sitze 2010	44	51	9	3	0	2	10	121
Sitze vor der Wahl	54	38	11	4	3	3	0	120
Wahlkreismandate	28	39	3	0	0	0	3	73
Listenmandate	16	12	6	3	0	0	7	48
Nicht zu wählende Sitze	62	33	10	3	3	2	1	121
Gesamt	106	84	19	6	3	4	11	242
Gesamt vor der Wahl	116	71	21	7	6	5	1	241
Abkürzungsverzeichnis: DPJ – Demokratische Partei Japans, LDP – Liberaldemokratische Partei, NKMT – Neue Kōmeitō, KPJ – Kommunistische Partei Japans, NVP – Neue Volkspartei, SDP – Sozialdemokratische Partei, IP – Ihre Partei. Sonstige Mandate: Neue Reformpartei 1, Sonnenaufgangspartei 1, Neue Japanpartei 0, Unabhängige 0.								

Quelle: MDN ONLINE 14.07.2010.

7. Ausblick 2010: Die DPJ im Machtkampf

Mittelfristig sind Steuerreformen und Haushaltssanierung als Ziele damit vom Tisch, es bleibt der Kampf gegen deflationäre Tendenzen und gegen eine Yen-Aufwertung – zum Nachteil der internationalen Rating-Position Japans: Standard&Poor's überlegt, Japan von der Klassifizierung »AA« (wie Spanien) herunterzustufen (KÖLLING 13.07.2010: 13; SZ 31.08.2010: 21). Auf absehbare Zeit wird eine beständige Abstimmungscoalition im Oberhaus unrealistisch sein, denn die Kleinparteien setzen auf eine Neustrukturierung der politischen Landschaft, spätestens nach den nächsten Unterhauswahlen. Deshalb steht auch eine formale Koalition natürlich nicht zur Debatte. Neben der LDP waren also die NKMT und die Minna no Tō (Ihre Partei) Gewinner der Wahl. Sowohl die Buddhisten als auch die Partei Watanabes lehnten Koalitionen mit der DPJ ab, wollen aber je nach Thema mit wechselnden Mehrheiten abstimmen. Nur wenige Wochen nach der Wahlschlappe musste Kan sich in einem Entscheidungskampf um die Parteipräsidentschaft der DPJ seinem erbitterten Gegner Ozawa stellen. Hinter Ozawa stand eine starke Gruppe von DPJ-Parlamentariern, Kan hatte die Mehrheit der Parteibasis auf seiner Seite. Das spezifische Wahlsystem in der DPJ, das aus den gewonnenen Stimmen der Regionalorganisationen und von den Abgeordneten Punktzahlen ableitet, gab den Ausschlag: Kan gewann die Wahl, weil sich eine deutliche Mehrheit der Basis für ihn entschied. Er kann also jetzt als Parteichef weiterhin Ministerpräsident bleiben,

aber die Bedrohung seiner Position durch Ozawa bleibt, der »Zerstörer« konnte unter den DPJ-Abgeordneten beider Häuser 400 Punkte erreichen, Kan kam gerade einmal auf 412 Punkte (*YS ONLINE*, 14.09.2010; *ECONOMIST* 28.08.2010: 40; 04.2009.2010: 16).

Literatur

Anmerkung: Die Zeitungszitate ohne Webadresse sind dem monatlichen Zeitungsausschnitt-Archiv *Gekkan Shinbun digest* (Tōkyō) entnommen, Daten und Seitenzahlen entsprechen den Monatsausgaben dieses Archivs.

- AEN (ASAHI EVENING NEWS) ONLINE*, 26.04.2010, »Editorial: Yet another new party«, <http://www.asahi.com/english/TKY201004250144.html> (08.07.2010).
- AEN ONLINE* (05.05.2010), »Hatoyama visit lost on Okinawa«, <http://www.asahi.com/english/TKY201005040241.html> (07.05.2010).
- AEN ONLINE* (01.06.2010), »Hatoyama to resign; support drops to 17%«, <http://www.asahi.com/english/TKY201005310237.html> (02.06.2010).
- AEN ONLINE* (07.06.2010), »From lowly stock, a rise to the top: Profile of Naoto Kan, new prime minister«, <http://www.asahi.com/english/TKY201006060172.html> (07.06.2010).
- AEN ONLINE* (10.06.2010), »Cabinet who's who: Profiles of Kan's team«, <http://www.asahi.com/english/TKY201006090414.html> (11.06.2010).
- AEN ONLINE* (15.06.2010), »Ex-bureaucrats out at road firms«, <http://www.asahi.com/english/TKY201006140448.html> (15.06.2010).
- AEN ONLINE* (08.06.2010), »Editorial: New DPJ leadership«, <http://www.asahi.com/english/TKY201006080402.html> (08.06.2010).
- AEN ONLINE* (24.06.2010), »Kan apologizes to Okinawans for base burden«, <http://www.asahi.com/english/TKY201006230370.html> (24.06.2010).
- AEN ONLINE* (14.07.2010), »53% of Upper House members back hike in sales tax«, <http://www.asahi.com/english/TKY201007130411.html> (14.07.2010).
- AEN ONLINE* (15.07.2010), »Survey: 73% say Kan can stay«, <http://www.asahi.com/english/TKY201007140432.html> (15.07.2010).
- AS (ASAHI SHINBUN)* (03.09.2009), »300 Gisekisu Minshū: Naze Renritsuja?« [Die DPJ mit über 300 Sitzen: Warum eine Koalition?], 11/09: 49.
- AS* (09.09.2009), »Seisaku Kadaigoto no Kankei Kakuryō ga Chōsei Ritsuan suru'n da« [Kabinettausschüsse in Verbindung mit politischen Aufgaben übernehmen Abstimmung und legen Entwürfe vor], 11/09: 57.

- AS (30.09.2009), »Amakudari, nani ga Mondai na no ka?« [Amakudari, was ist das Problem?], 11/09: 59.
- AS (15.12.2009), »Nikaishi, tō Yakushoku no Jihyō« [Nikai gibt Rücktritt von Parteiämtern bekannt], 2/10: 63.
- AS (28.01.2010), »Shamintō Yakuin Jinji ga Ketchaku« [Personalfrage der SDP-Funktionäre entschieden], 3/10: 59.
- AS (07.02.2010), »Naikaku Fushiji 45% Shiji 41%: Hassokugo hajime no Gyakuten« [Keine Unterstützung für die Regierung 45%, Unterstützung 41%: Erster Wendepunkt nach (Regierungs)beginn], 4/10: 59.
- AS ONLINE (08.06.2010), »Kan Naikaku, Kakuryō wo Happyō Meibo Yūsei wa ›Kokkai Seiritsu wo kisu‹« [Das Kabinett Kan gibt die Besetzung der Regierungsposten bekannt. Postpolitik ›Verabschiedung in dieser Parlaments Sitzungsperiode erwartet‹], <http://www.asahi.com/special/minshu/TKY201006080170.html> (09.06.2010).
- AS ONLINE (15.06.2010), »Futenma ›Kengai Kokugai Isetsu‹ Zenmen ni Shamintō Manifest« [SDP-Manifest: ›Verlegung von Futenma nach außerhalb der Präfektur oder ins Ausland‹ im Vordergrund], <http://www.asahi.com/politics/update/0615/TKY20100615024.html> (16.06.2010).
- AS ONLINE (06.06.2010), »Jimin ga Kan Naikaku Fushinan wo teishutsu: Honkaigi de Hiketsu no Mitōshi« [LDP bringt Misstrauensantrag gegen Kans Kabinett ein: Aussicht auf Ablehnung im Plenum], <http://www.asahi.com/politics/update/0606/TKY201006160171.html> (07.06.2010).
- AS ONLINE (16.06.2010), »Naikaku Fushinin Ketsugian, Yotō to Shamin ga Hantai shi Hiketsu« [Misstrauensantrag gegen Kabinett, Regierungspartei und SDP widersetzen sich und lehnen ab], <http://www.asahi.com/politics/update/0616/TKY201006160285.html> (16.06.2010).
- AS ONLINE (25.06.2010), »›Shōhizei10%‹ hayaku mo hottona Sōten ni: Saninsen Kōji«, [›Verbrauchssteuer 10%‹ wird schnell zum heißen Streitpunkt: Öffentliche Bekanntgabe des Oberhauswahl-Termins], <http://www.asahi.com/update/0624/TKY201006240542.html> (25.06.2010).
- AS ONLINE (12.07.2010), »Shūin Kaisan ›a, mattaku kangaetemasen‹ 12 nichi no Kan Shushō« [Auflösung des Unterhauses »Ah, daran denke ich überhaupt nicht«, so Premierminister Kan am 12.], <http://www.asahi.com/politics/update/0712/TKY201007120404.html> (12.07.2010).
- BCCJ (BRITISH CHAMBER OF COMMERCE JAPAN) (15.04.2010), »The Opposition Fragments«, <http://www.bccjapan.com/asp/ArticleDetail.asp?ArticleId=471> (10.05.2010).
- BURUMA, IAN (2010), »Yukio Hatoyama, Japan's unlikely change agent«, in: *Time Magazine*, Special Double Issue, 10.05.2010: 25.

- ECONOMIST* (27.02.2010), »Tackling Japan's bureaucracy: Floundering the foggy fortress«, 27.02.2010: 52.
- ECONOMIST* (08.05.2010), »Japan's base dispute with America: Futenma farce«, 08.05.2010: 52/53.
- ECONOMIST* (10.04.2010), »Japan's fractured politics: Splitting headaches«, 10.04.2010: 50.
- ECONOMIST* (12.06.2010), »Banyan: From penumbra to eclipse: Ichiro Ozawa, the shadow shogun is outboxed. Japan, at last, has a Kan-do Prime Minister«.
- ECONOMIST* (05.06.2010), »Hatoyama bows out«, 05.06.2010: 61.
- ECONOMIST* (28.08.2010), »Ichiro Ozawa strikes back«, 28.08.2010: 40.
- ECONOMIST* (04.09.2010), »Self-destruction«, 04.09.2010: 16.
- FAZ (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG)* (31.05.2010), »Regierungskrise in Japan«.
- FTD (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND)* (04.01.2010), »Japan entwickelt neue Vision für Wachstum«.
- IIO, JUN (2010), »What will change of government bring to Japanese politics?«, in: *Social Science Japan*, 42 (3): 3–5.
- Itoh, MAYUMI (2003), *The Hatoyama Dynasty*, New York: MacMillan.
- JT (JAPAN TIMES) ONLINE* (01.01.2010), »Hatoyama fails to keep press club pledge. New-media reporters resent lack of access to official briefings«, http://www.search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20100101a4.html?utm_source=feedburner&utm_campaign=feed%3A=japantimes (02.01.2010).
- JT ONLINE* (26.01.2010), »New mayor tells Nago: Nix Futenma Victor urges assembly resolution«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20100126al.html> (29.06.2010).
- JT ONLINE* (03.03.2010), »DPJ-led bloc's vote passes 2010 budget«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20100303a1.html> (03.03.2010).
- JT ONLINE* (24.04.2010), »Masuzoe launches new party«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20100424al.html> (08.07.2010).
- JT ONLINE* (05.06.2010), »Noda, Renho to get key Cabinet posts«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20100605xl.html> (05.06.2010).
- JT ONLINE* (08.06.2010), »Kan picks for DPJ limit Ozawa's role: Edano, Genba, Tarutoko land key exec posts«, <http://search/japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20100608a1.html> (09.06.2010).
- JT ONLINE* (09.06.2010), »Kan hopes new team can ride popularity«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20100609a1.html> (09.06.2010).
- JT ONLINE* (12.07.2010), »Ruling bloc loses Upper House majority: Diet gridlock looms as DPJ, Kokumin fail first test«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20100712x4.html> (12.07.2010).
- KÖLLING, MARTIN (2010), »Japaner stimmen gegen Schuldenabbau«, in: *FTD*, 13.07.2010: 13.
- KOLONKO, PETRA (2010a), »Sonnenaufgang der alten Herren«, in: *FAZ*, 16.04.2010: 4.

- KOLONKO, PETRA (2010b), »Schatten über Hatoyama: Spekulationen über einen Rücktritt des japanischen Regierungschefs auch in den eigenen Reihen«, in: FAZ, 23.04.2010.
- MDN (*MAINICHI DAILY NEWS*) ONLINE (29.01.2010), »Deputy PM Kan maintains low-profile amid rumors he will succeed Hatoyama«.
- MDN ONLINE (29.01.2010), »58 percent support Hatoyama's resignation over Futen-ma fiasco«, <http://mdn.mainichi.jp/mdnnews/20100531p2a00mona007000c.html> (29.06.2010).
- MDN ONLINE (02.06.2010), »Hatoyama, Ozawa to resign over Futenma failure, money scandals«, <http://mdn.mainichi.jp/mdnnews/news/20100602p2a00mona011400c.html> (02.06.2010).
- MDN ONLINE (15.06.2010), »Kan says he will not visit Yasukuni Shrine during tenure«, <http://mdn.mainichi.jp/mdnnews/news/20100615p2g00mofp054000c.html> (16.06.2010).
- MoF (MINISTRY OF FINANCE JAPAN) (2010), »Highlights of the Budget for FY 2010«, <http://www.mof.go.jp/english/budget/e20091225a.pdf> (17.06.2010).
- MoF (2010), »Japanese Public Finance Fact Sheet: FY 2010 Budget«, <http://www.mof.go.jp/english/budget/pamphletjpfss2010s.pdf> (17.06.2010).
- MS (*MAINICHI SHINBUN*) (10.09.2009) Nishida, Shinichirō, »Minshakoku renritsu goi: Bei-kichi minaoshi meiki« [Einigung über DPJ/SPJ/NVP Koalition: Überdenken der US-Stützpunkte ausdrücklich betont], 11/09: 48.
- MS (29.09.2009), »Tanigakishi no shū na Shūchō« [Die wichtigsten Ansprüche Tanigakis], 11/09: 63.
- MS (01.10.2009), »Kenkin 200-oku en ware: Kinyū Kiki ga Eikyō« [Politische Spenden bei 20 Mrd.Yen. Auswirkungen der Finanzkrise], 12/09: 68.
- MS (01.10.2009), »Nenkan 2.000 man en wo koeru Kenkin wo shita Kigyō« [Unternehmen, die pro Jahr mehr als 20 Mio. Yen Spenden zahlten], 12/09: 70.
- MS (06.10.2009), »Futenma Nago idō: Chiji ga yōbō« [Futenma: Gouverneur fordert Verlegung], 12/09: 76.
- MS (15.12.2009), »Ozawashi ga Kūnaichōchōkan Hihan« [Ozawa kritisiert den Staatssekretär des Haushofamtes], 2/10: 60.
- MS (06.01.2010), »Fujii Zaimusho Jinin he ›Kenkō Fuan‹ Riyū ni« [Finanzminister Fujii vor dem Rücktritt ›Instabile Gesundheit‹ als Begründung], 3/10: 56.
- MS (17.01.2010), »Kyōsantō Taikai Shi'i Iinchō wo Zainin« [Parteitag der KP: ZK-Vorsitzender Shii wiedergewählt], 3/10: 58.
- MS (29.01.2010), »Niji Hosei Yosan Seiritsu« [Zweiter Nachtragshaushalt gebilligt], 3/10: 46.
- MS ONLINE (02.06.2010), »Hatoyama Shushō: Ryōin Giin Sōkai de Jinin Hyōmei – Ozawa Kanjichō mo Inseki« [Ministerpräsident Hatoyama: Bekanntgabe seines Rücktritts vor Abgeordneten beider Häuser – auch Ozawa übernimmt Verantwortung], <http://mainichi.jp/select/seiji/administration/news/20100602k0000e010007000c.html> (02.06.2010).

- MS ONLINE (03.06.2010), »Hatoyama Shushō Tajjin: »Kanjichō ni mo mi wo hiite moraitai« [Ministerpräsident Hatoyama tritt zurück: Auch beim Generalsekretär möchte ich einen Weggang], <http://mainichi.jp/select/seiji/news/20100603k0000m010127000c.html> 29.06.2010.
- MS ONLINE (14.07.2010), »Senkyo: Saninsen Minshūdai Daihai (sono hitotsu) Kan Shushō, Daihyōsengo ni Naikaku Kaizō Getsunai Ryōin Giin Sōkai« [Wahlen: Oberhauswahl. Schwere Niederlage der DPJ (Teil 1) Ministerpräsident Kan, nach der Präsidiumswahl Kabinettsumbildung. Diesen Monat: Vollversammlung der Abgeordneten beider Kammern], <http://mainichi.jp/select/seiji/news/20100714ddm001010041000c.html> (15.07.2010).
- MS ONLINE (15.07.2010), »Tachiagare Nippon: Sanin de Shintō Kaikaku to Toitsukaiha« [Sunrise Party: Fraktionsgemeinschaft mit der Neuen Reformpartei im Oberhaus], <http://mainichi.jp/select/seiji/news/20100715k0000e010050000c.html> (15.07.2010).
- NIKKEI (NIHON KEIZAI SHINBUN) (05.09.2009), »Minshū Seiken e no 13-nen« [13 Jahre bis zur DP-Regierung], 11/09: 51.
- NIKKEI (30.09.2009), »Jimintō Shinsanyaku no Kaobure« [Das neue Dreier-Führungspersonal der LDP], 11/09: 63.
- NIKKEI (24.10.2009), »Rekidai Shushō no Shisanryoku best 5« [Die besten Fünf bei der Vermögenleistung der letzten Ministerpräsidenten], 12/09: 71.
- NIKKEI (06.01.2010), »Zaimusho ni Kan Fuku Sōri« [Vizeministerpräsident Kan wird Finanzminister], 3/10: 56.
- NIKKEI (18.01.2010), »Kon Kokkai no shūyō na Renten« [Die wichtigsten Streitpunkte der laufenden Parlamentssession], 3/10: 46.
- NIKKEI (25.01.2010), »Jimin, Shinkōryō wo Saitaku« [LDP verabschiedet neues Programm], 3/10: 57.
- NIKKEI (08.02.2010), »Shūyō Seitōbetsu no Heikin Shisankaku« [Durchschnittliches Vermögen der wichtigsten Parteien], 4/10: 57.
- NIKKEI (22.02.2010), »Nagasaki Chijisen Minshūkei ga haiboku« [In den Gouverneurswahlen von Nagasaki unterliegt ein DP-naher (Kandidat)], 4/10: 59.
- NIKKEI (09.03.2010), »Kenkin Kigyō no Jishū Handan ni: Keidanren Kanyo Chūshi wo happyō« [Spendenunternehmen sollen eigenständig entscheiden: Keidanren verkündet ein Beteiligungsverbot], 5/10: 53.
- ONO, KOJI (1998), *Nihon Seiji no Tenkanken* [Wendepunkte der japanischen Politik], Tōkyō: Aoki Shoten.
- ROGOFF, KENNETH (2010), »Japans Krise in Zeitlupe«, in: *FTD*, 18.03.2010: 26.
- SANKEI (16.12.2009), »Tenno heika Xi Jinping Fukushūseki to Kaiken« [Seine Majestät, der Tennō, gewährt Vizepräsident Xi Jinping eine Audienz], 2/10: 61.

- TOKYO SHINBUN (29.09.2009), »Jiminsōsai ni Tanigakishi« [Tanigaki zum Parteichef/Präsidenten der LDP (gewählt)], 11/09: 62.
- TDY ONLINE (11.06.2010), »64% support Kan cabinet, survey finds«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T100610004999.htm> (12.06.2010).
- TDY ONLINE (11.07.2010), »Upper House Election 2010/Party leaders make final election push«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T1007100002267.htm> (11.07.2010).
- TDY ONLINE (13.07.2010), »Upper House Election 2010/ Ex-LDP members make comeback«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T100712003134.htm> (14.07.2010).
- TDY ONLINE (13.07.2010), »Upper House Election 2010/61% of voters consider hike in consumption tax necessary«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/20100713TDY03T02.htm> (14.07.2010).
- TDY ONLINE (14.09.2010), »Ozawa Jinei, Kokkai Giinhyō no Nobinayami ga Saidai Gosan« [Das Ozawa-Camp unterliegt bei dem quälenden Anstieg der Parlamentarierstimmen der größten Fehlkalkulation], <http://yomiuri.co.jp/feature/20100806-849918/news/20100915-OYT10017.htm> (28.09.2010).
- YOKOTA, TAKASHI (2010a), »Scandalmania«, in: *Newsweek*, 24.05.2005: 29–31.
- YOKOTA, TAKASHI (2010b), »The culprit: Behind Hatoyama's burnout«, in: *Newsweek*, 14.06.2010: 13.
- YS (YOMIURI SHINBUN) (04.09.2009), »Minshūtō de no Ozawashi no Ayumi« [Ozawas Weg in der DPJ].
- YS (04.09.2009), »Ozawa Kanjichō ni Kiyō Okada, Kan wa jūyō Kakuryō« [Ozawa zum Generalsekretär ernannt, Okada und Kan auf wichtige Kabinettsposten], 11/09: 50.
- YS (08.09.2009), »Tōnai ni Gurūpu« [Gruppierungen in der Partei], 11/09: 52.
- YS (09.09.2009), »Ota Daihyō ga Jinin« [Vorsitzender Ota tritt zurück], 11/09: 62.
- YS (17.09.2009), »Kanryō no Kaiken Gensoku Chūshi« [Prinzipielle Beendigung der Pressekonferenzen mit Ministerialbeamten], 11/09: 57.
- YS (17.09.2009), »Shiru Kenri« Shingai no Osore«, [Sorge vor Beschädigung des »Rechtes auf Information«], 11/09: 58.
- YS (29.09.2009), »Amakudari 30–40 Jin tōketsu: Shūshō: ›Assen Tadachi ni haishi«« [Amakudari auf 30 bis 40 Personen eingefroren: Ministerpräsident: Unmittelbare Vermittlung untersagt].
- YS (21.11.2009), »Shishutsukaku no mi kurushii Hyōmei« [Die schmerzliche Bekanntgabe von Ausgabenbeträgen], 11/09: 59.
- YS (05.12.2009), »Fukushima Shamintōshu tōhyō de 4 sen« [Fukushima zum vierten Mal zur SDP-Chefin gewählt], 2/10: 63.
- YS (12.12.2009), »Tennō Heika, Tokurei Kaiken: Kūnaichōchōkan ga Hyōmei« [Ausnahmsweise Audienz bei seiner Majestät, dem Tennō: Erklärung des Staatssekretärs im Haushofamt], 2/10: 60.

- YS (13.12.2009), »Xin Jinping Kokka Fuku Shūseki« [Vizepräsident Xin Jinping], 2/10: 61.
- YS (25.12.2009), »Shushō, Jinin wa hitei: Gen hisho futari kiso, Zaitaku to Ryakushiki« [Ministerpräsident lehnt Rücktritt ab: Zwei frühere Sekretäre unter Anklage, Formlose Durchsuchung der Privatwohnungen], 2/10: 57.
- YS (17.01.2009), »Ozawashi ›Kensatsu to Zenmen Taiketsu‹ Kanjichō Zokutō wo ryōshō« [Ozawa: Entschlossener Widerstand gegen Untersuchung. Bekräftigung des Verbleibs im Amt des Generalsekretärs], 3/10: 35.
- YS (16.03.2010), »Hatoyama Kunio ga Jimintō todoke« [Schreiben zum Parteiaustritt Hatoyama Kunios aus der Jimin(tō)], 5/10: 56.